

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

№ 26.

Mitt der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Telephon Nr. 419.]

Das Blatt erscheint täglich (Monte außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pf. Postzeitungsliste Nr. 4089 a. 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pf., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pf., auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 26. Dienstag den 13. Januar 1899. 6. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, den 28. Januar.

Aus dem Reichstage. Das Haus war heute sehr schlecht besetzt; die Zahl der anwesenden Abgeordneten schwankte zwischen dreißig und fünfzig. Erledigt wurde der Rest des Etats des Innern. Die verschiedenartigsten Gegenstände wurden berührt, das Impfgesetz, die Irrenpflege, die Bekämpfung der Tuberkulose, aber neue Gesichtspunkte wurden von keiner Seite geltend gemacht. Bei der Frage der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche beschwerten sich die Agrarier über zu strenge Absperrungsmaßregeln der versuchten Höfe im Inlande. Gefundes Vieh darf nicht über die Grenze, aber die Seuchenherde im Lande sollen bestehen bleiben. Das ist so die politische Moral der Agrarier. — Von unserer Seite sprach Wurm, er trat lebhaft für ein Museum für Gewerbehygiene ein. Graf Posadowsky fand es zu kostspielig. Kulturaufgaben leiden bei uns bekanntlich nicht!

20. Sitzung. Mittags 1 Uhr.

Am Bundesrathssitz: v. Posadowsky, Trippl. Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt beim Reichsamt des Innern und zwar beim Kapitel Gesundheitsamt. Müller-Sagan (Zp.) bittet um Auskunft, wie weit die Einrichtung einer neuen biologischen Abtheilung im Gesundheitsamt gediehen sei. Es wäre sehr wünschenswert, daß sich diese Abtheilung zu einem eignen biologischen Amt entwickelte. Ich bitte, das Kapitel zur näheren Erörterung an die Budget-Kommission zu überweisen.

Graf von Posadowsky: Die biologische Anstalt soll eine Stätte freier Forschung zum Nutzen der Landwirtschaft sein. Vorerst muß die Organisation im engen Rahmen vor sich gehen. Der Herr Vorredner wird sich noch einige Zeit gedulden müssen.

Dr. Böckel (wld. N.) spricht für die Förderung der Forschungen zur Bekämpfung der Tuberkulose.

Graf von Posadowsky: In Deutschland hat sich ein Central-Komitee zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht gebildet, dessen Vorsitzender ich bin. Das Central-Komitee will zu Pfingsten einen internationalen Kongress nach Berlin berufen, der die Bekämpfung der Schwindsucht vom wissenschaftlichen und praktischen Standpunkt aus erörtern soll. Das Reich für die Sache zu interessieren, halte ich nicht für praktisch. Das ist mehr Sache der Landesregierungen.

W. Bedh. Coburg (Zp.) tritt für weitergehenden Schutz der Arbeiter in Bleistift- und Bismuthfabriken ein. Die Gefahr der Verbertragung von Milzbrand durch Hohn- und Minderborken ist für die Arbeiter in diesen Betrieben eine sehr große. Im Interesse der Fabrikanten mache ich auch darauf aufmerksam, daß durch die bisherige Desinfektionsmethode Schweineborken oft ruiniert worden sind. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, in den neuen Verordnungen Ausnahmebestimmungen für die Behandlung der Schweinehaare zu erlassen.

Graf von Posadowsky: In der Verordnung, die in Kürze publiziert werden soll, wird den Interessen der Arbeiter und der Unternehmer Rechnung getragen werden. Für die Behandlung von Material, welches gegen die bisherige Desinfektionsmethode sehr empfindlich ist, sind Ausnahmen von der Verordnung gestattet.

Dr. Cudemann (N.) fragt an, ob eine Aenderung des Impfgesetzes beabsichtigt sei, was seiner Ansicht nach nicht empfehlenswert wäre. Redner spricht sich dann noch für Zulassung der Frauen an Universitäten an und empfiehlt die Gründung von Frauen-universitäten nach amerikanischem Muster.

Krusse (N.) bleibt auf der Tribüne fast unverständlich, scheint Auskunft über die Impfen-Enquête zu erbitten. Lenzmann (Zp.) wünscht, was er im Vorjahr bereits ausführlicher begründet hat, reichsrechtliche Regelung des Irrenwesens und erbringt Beweise für die jetzige willkürliche Methode, die bei Internierungen angewendet wird. Der Willkür der Verwaltungsbehörden sollte entgegengetreten werden.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Regierung hält an dem Reichsimpfgesetz fest; nur die Ausführungsbestimmungen werden theils abgeändert werden. Eine reichsrechtliche Regelung des Irrenwesens ist nicht angängig. Hier ist lediglich eine strenge Kontrolle angebracht, mit der eine besondere sachverständige Behörde betraut ist.

Lenzmann (Zp.) befragt nochmals die reichsrechtliche Regelung des Irrenwesens. Ueberwachungsmaßregeln reichen nicht aus, wenn die Beamten sich über die Gründe, die zur Internierung berechtigen, überhaupt nicht klar sind.

von Grand-Ry (C.) hält die reichsrechtliche Regelung des Irrenwesens nicht für notwendig. Redner geht dann auf die Ausführungsbestimmungen des Margarinegesetzes ein. Das Gesetz habe sich als Erkennungsmittel nicht bewährt. Bei den Viehheuten, bei der Maul- und Klauenseuche, seien die bestehenden strengen Absperrungsmaßregeln gegen die betreffenden Höfe nicht notwendig.

Graf Bernstorff-Uelzen (Wesse) schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und wünscht die Bewilligung größerer Mittel für die Erkennung von Thierkrankheiten.

Franke (N.) befürwortet die Bekämpfung der Schwindsucht durch ein Reichswohnungsgesetz.

Dr. Jahn (N.) hält die strengen Absperrungsmaßregeln auf den einzelnen Höfen nicht für notwendig; wünscht dagegen absolute Sperrung der Grenzen. Redner schließt sich den Ausführungen des Grafen Bernstorff an.

Darauf wird die Diskussion geschlossen und das Kapitel der Budgetkommission überwiesen.

Beim Kapitel Patentamt fordert

Müller (N.) bessere Besoldung der technischen Hilfsbeamten, sowie Anstellung von Spezialisten für die Beurtheilung der nachgelagerten Patente, um die Erledigung der Gesuche betr. die Ertheilung eines Patents zu beschleunigen.

Geheimrath Hans: Diese Besoldung wird schon jetzt angestrebt, da es in unserem Interesse liegt, daß so viel Patente wie möglich angemeldet werden. Sachverständigen-Prüfungen würden jedoch zu viel Kosten verursachen. Im Allgemeinen ist die Industrie mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge zufrieden.

Müller (N.) erwidert, der Kostenpunkt dürfe bei den enormen Einnahmen des Patentamts keine Rolle spielen. Damit schließt die Diskussion. Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Reichsversicherungskasse weist

Müller (wld. N.) auf die Gefahren der Winenschiffahrt hin, besonders auf die durch Ueberlastung des Schiffesesselsentstehenden hervorgerufenen. Die Schuld wird meist demen gegeben, die die Führung des Schiffes übernommen haben. Die Schiffsbefugnisse sollten sich aber nicht in eine höhere Gefahrenklasse einschreiben, und die von ihnen ausgearbeiteten Unfallversicherungsverträge sind vom Versicherungsamt nicht durchgeführt worden. Hier könnte die Einrichtung eines Museums für Unfallversicherungs-Vorrichtungen viel helfen, wie es sich in Paris und Brüssel bereits glänzend bewährt hat. Das hängt natürlich auf das Engste mit der Unfallversicherung im Allgemeinen zusammen. Es wäre sehr wünschenswert, daß aus endlich die schon lange in Aussicht gestellte Unfallversicherungsvorlage kämte.

Müller (N.) schließt sich dem Wunsch des Vorredners nach Einrichtung eines Museums an.

Hype (Z.) wünscht das Museum auf das ganze Gebiet der Gewerbehygiene und des praktischen Arbeiterschutzes erweitert zu sehen.

Wurm (Zp.): Man hat uns bereits einmal gesagt, als die Frage der Einrichtung eines Museums hier erörtert wurde, wir sollten nur Vertrauen zur Regierung haben, das Museum würde schon kommen. Das Vertrauen war da, das Museum ist aber nicht gekommen und wir sind pessimistisch genug zu glauben, daß man auch jetzt nicht darauf eingehen wird. Die Arbeiter wünschen freilich dringend, daß das Museum zu Stande kommt, damit die Gewerbeaufsichtsbeamten hier lernen, was zum Schutz der Arbeiter notwendig ist. Leider giebt es viele, die gar nicht wissen, welche Vorrichtungen es zur Verhütung von Unfällen giebt. Das Museum würde da das beste Orientierungsmittel sein.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Die Einrichtung des Museums würde eine sehr kostspielige Sache sein; ich weiß nicht, wie sich der jetzige Schatzkeller dazu stellt. Das Unfallversicherungsgesetz bedarf dringend einer Reform. Wenn die Novelle aber kommen wird, kann ich nicht sagen. Jedenfalls möchte ich erst abwarten, wie das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ausgeht, wenn es aus dem Hause herauskommt.

Müller (Zp.): Die Einwände des Herrn Staatssekretärs sind nicht stichhaltig. Es handelt sich bei dem Museum vor Allem darum, Anregungen zu geben. Alle Sachverständigen sind der Ueberzeugung, daß ein solches Museum dringend notwendig ist. Der Minister überträgt die Kosten. Die deutsche Industrie wird gern bereit sein, die Modelle gratis herzugeben.

Frey von Stumm (N.) stimmt dem Abg. Müller ausnahmsweise bei. Kleinere Maschinenzeichnungen und Modelle würden für das Museum vollkommen ausreichen, das hoffentlich bald errichtet wird. Er warnt vor vollständigen Aenderungen der Versicherungsgesetzgebung, die die Beteiligten nur verwirren. Jetzt muß vor Allem das Altersversicherungsgesetz geändert werden.

Müller-Duisburg (N.) bittet den Staatssekretär, dem Gedanken, ein soziales Museum zu errichten, doch näher zu treten.

Hierauf wird das Kapitel Versicherungsamt bewilligt. Beim Kapitel Historisch-technisches Reichsamt beantragt

Schmidt-Eberfeld (freif. Zp.), wie sich die Regierung zur Errichtung eines Material-Prüfungsamtes stelle, das er im Vorjahre angeregt habe.

Müller (natl.) schließt sich im Wesentlichen der Anregung des Abg. Schmidt an, sündet aber eine Beeinträchtigung der einzelstaatlichen Anstalten.

Staatssekretär Graf von Posadowsky ist davon überzeugt, daß eine solche Anstalt für unsere Industrie von großem Nutzen wäre.

Das Kapitel wird bewilligt.

Beim Kapitel Kanalamt wünscht

Jahn (Konf.) größere Ausweichstellen im Nordostkanal, was der

Geheimrath von Fonquiers zu kostspielig findet.

Das Kapitel wird bewilligt, der Rest des Etats des Reichsamts des Innern gleichfalls.

Hierauf wird die Weiterberatung (also: Marine- und Postetat) auf Montag 1 Uhr vertagt.

Schluß 6 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Bundesrath hat in seiner letzten Plenarsitzung, wie ergänzend gemeldet wird, dem Entwurf von Vorschriften betr. die Einrichtung und den Betrieb der Hochhaarspinnereien zugestimmt. Von einer Nachweisung über die den einzelnen Bundesstaaten und den deutschen Schutzgebieten bis Ende Dezember 1898 über-

wiesenen Beträge an Reichs-Silber-, Nickel- und Kupfermünzen wurde Kenntniß genommen. Den zuständigen Ausschüssen wurde überwiesen die Vorlage betreffend die Ausprägung von Fünfspennigstücken.

Die Buchhansvorlage scheint der Regierung arge Kopfschmerzen zu bereiten. Dem „Hamb. Gen.-Anzeiger“, der allerdings wenig zuverlässig ist, wird aus Berlin geschrieben:

„Es ist in parlamentarischen Kreisen sehr anfgelassen, daß der sonst so redselige Staatssekretär des Reichsamts des Innern offen von den verschiedensten Seiten unternehmenen Versuchen, ihn in eine Erörterung über die in Deunhausen und in der Thronrede vom Kaiser feierlich angeforderte „Vorlage zum Schutze Arbeitwilliger“, fargweg die „Buchhansvorlage“ genannt, zu verfriden, sehr sorgfältig ausgewichen ist. Seine kurzen Bemerkungen hierüber lassen sich ungefähr in das Dichterwort zusammenfassen: „Zeit ist's, die Ereignisse zu beweinen — Wenn sie da sind und wirklich erscheinen.“ In dem Privatgespräche der Reichstags-Abgeordneten wollte man auch den Grund dieser seltsamen Zurückhaltung wissen. Man erzählte sich, daß Graf v. Posadowsky besondern Abgeordneten gegenüber geäußert habe, er sei erkannt gewesen, als er bei seinen Vorarbeiten für diesen Gesetzesentwurf die ungeheure Ueberlegenheit und Uebermacht der Koalitionen der Arbeitgeber gegenüber denen der Arbeitnehmer erkannt habe. Die Ersteren brauchen keine Unterstützung des Gesetzgebers mehr, um die Letzteren im Zaum zu halten. Da diese Aeußerung wirklich so oder ähnlich gethan worden ist, mag dahingestellt bleiben, daß sie im Reichstage erzählt und vielfach geglaubt wird, ist jedenfalls eine Thatsache. Eine Thatsache ist es auch, daß Graf Posadowsky seit der Deunhausener Kaiserrede seine gute Laune eingebüßt hat, und daß der Dezerent im Reichsamt des Innern, der mit der Abarbeitung der „Streitvorlage“, wie sie auch genannt wird, beauftragt wurde, nicht auf Arien gehobelt ist. Man hat versucht, mit den Regierungen der Mittelstaaten vorher eine Verständigung über die Grundzüge dieser Vorlage zu erzielen. Gelingen scheint dies nicht zu sein, und so werden die Schwierigkeiten erst eigentlich im Bundesrath beginnen, vom Reichstage ganz zu schweigen. Man darf gespannt darauf sein, was schließlich dabei herauspringen wird. Keinesfalls aber eine „Buchhansvorlage“, wie sie ursprünglich gedacht und bezweckt war.“

Wir registriren diese Mittheilung, ohne ihr irgend welchen Glauben beizumessen. Noch ist Stumm Trumpf und er und sein Troß werden die Regierung schon zur Buchhanspolitik antreiben.

Auf dem konservativen Parteitage der Provinz Brandenburg hat Junfer v. Böbell gesagt:

Die konservative Partei in erster Linie hat die Pflicht, den Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen (Uebhafter Beifall) mit aller Schärfe und Schneidigkeit! (Beifall.) Autorität und nicht Majorität! soll gelten. (Beifall.) „Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen! Der Staat muß untergehen früh oder spät, wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet!“ (Uebh. Beif.)

Also fort mit dem allgemeinen Wahlrecht!

Professor Delbrück über sein Disziplinarverfahren. Aus Anlaß der Ausweisungen in Nordschleswig hat „Politiken“ in Kopenhagen einen Mitarbeiter nach Berlin geschickt, wo er eine Unterredung mit Professor Delbrück gehabt hat. Dieser äußerte, er fürchte nicht den Ausgang des gegen ihn angestrebten Disziplinarverfahrens, mehrere Blätter hätten jedoch eine unrichtige Darstellung der Sache gegeben. Er sei nicht wegen seiner sympathischen Aeußerungen über die Nordschleswiger angeklagt, sondern weil seine Bemerkungen nach der Meinung der Regierung mit seiner Stellung als Professor unvereinbar seien. Sein „Vergehen“ werde also als ein Disziplinarvergehen betrachtet und das beinträchtigt die Freiheit der Meinungsäußerung für sämtliche Berliner Professoren. Viele von diesen theilten seine Ansichten über Nordschleswig und seien bereit, ihm im Kampfe für's Recht zu folgen, wenn es gelte, ihre Ansichten über die inneren Verhältnisse des Reiches auszusprechen. Er selbst sei konservativ, die nordschleswigsche Frage betreffe jedoch Humanität und Menschenrechte, deren Verletzung er nicht billigen könne. Zusammen mit Professor Rastan werde er den Kampf fortsetzen und er hoffe, eine große intelligente Partei für seinen Standpunkt zu sammeln.

In dem neuen (Februar-) Hefte der „Preussischen Jahrbücher“ sagt Delbrück, der Disziplinar, über den neuesten Kurs:

Das hohe Ideal unserer Väter war, daß der deutsche Nationalstaat einmal entstehen sollte, ohne daß der Deutsche in die Gefährlichkeit und Erbsüßigkeit verfalle, die wir bei anderen Nationen als Chauvinismus, Jingoismus, Moskowiterei brandmarken. Eine feste Staatsautorität sollte sich vereinigen mit freier Entfaltung der Individualität; die für kein Volk unentbehrlich ist, weil keines damit so reich begnadet ist, als das unsere. Dieses Ideal droht uns verloren zu gehen.

Die edleren Geister beginnen mit Schrecken auf die Formen zu sehen, in denen sich heute das nationale Gefühl bewegt und auf die Seite von Menschen, die sich erdreisten, in nationalen Fragen die Führung zu übernehmen. Die Staatsautorität erscheint als Vielkammererei und Willkür. Das naturgemäße Vorwalten der Besitzenden artet aus in die Klassenherrschaft, und alle diese bösen Mächte schließen sich zusammen, um den freien Geist des deutschen Volkes in die Schranken zu bannen, die sie ihm vorschreiben. Noch ist das Alles in den Anfängen, aber die Aufgabe ist da; es gilt zu sorgen, daß rechtzeitig Einhalt gethan werde, und deshalb muß gewarnt und dem deutschen Volk ebenso wie nach außen „mehr Licht“ nach innen „mehr Licht“ zugehen werden.

2600 Jahre Gefängniß! Der „Münchener Anzeiger“ hat angerechnet, daß in den letzten 10 Jahren 2600 Jahre Gefängniß wegen Majestäts-Beleidigung von deutschen Richtern verhängt worden sind. Die Zahl giebt zu denken!

Gegen die Reform des Postzeitungstarifs und für die möglichste Erhaltung ihrer bisherigen Privilegien agitirt die Inseratendruckerei unter Führung des „Bresl. Gen.-Anz.“ Dieselbe versucht eine große Protestkundgebung zu veranstalten und erachtet sich, Petitionsformulare zu Petitionen an den Reichstag zu liefern. Auf diese Weise soll das Publikum verführt werden, für die sogenannte parteilose Presse einzutreten, welche hauptsächlich von der Inserateneinnahme abhängt, während der Postzeitungstarif bekanntlich bisher nach dem Abonnementspreis berechnet wurde, was zu einer ungerechten Belastung gerade der inhaltreichen politischen Presse geführt hat.

Ein agrarischer Vorstoß. Eine Interpellation zur Arbeiterfrage auf dem Lande hat Abgeordneter Szmulka im Verein mit anderen Zentrums-Abgeordneten im Abgeordnetenhaus eingebracht. Sie lautet: „Ist der königlichen Staatsregierung bekannt, daß in diesem Jahre der Mangel an ländlichem Gesinde und landwirtschaftlichen Arbeitern sich so vergrößert hat, daß die Fortführung der Bewirtschaftung größerer und kleinerer Besitzungen in Frage gestellt wird, (??) und welche Maßregeln gegen die königliche Staatsregierung eventl. zu ergreifen, um dieser calamität zu steuern?“

Die freikonservative „Post“ spricht sich gegen die Interpellation aus, weil der Kampf des Deutschtums gegen die vordringenden slavischen Elemente in der allerbedenklichsten Weise erschwert würde, wenn das polnische Element durch Zugang aus dem Auslande dauernd gestärkt würde, und weil das soziale und kulturelle Niveau unserer Arbeiterbevölkerung durch die starke Mischung mit russischen und polnischen Arbeitskräften herabgedrückt würde. Eine Abhilfe zur Wiederbevölkerung des flachen Landes in den östlichen Landestheilen erblickt die „Post“ erstens in der Herausziehung einer Industrie in die bisher nahezu einer solchen entbehrenden Landestheile und in der Schaffung eines Millionenfonds auch für die übrigen östlichen Landestheile nach dem Muster des für Westpreußen und Posen bestehenden. Die neue Millionenliebesgabe ist eine Lieblingsidee der „Post.“ Soll der Fonds doch dazu dienen, über schuldeten Großgrundbesitzern ihre Güter zu hohen Preisen abzukaufen, um „Bauern anzusiedeln.“ — Die Interpellation Szmulka soll heute, Montag, im Abgeordnetenhaus verlesen werden, jedoch, wie der „Hamb. Corr.“ meint, von der Regierung nicht beantwortet werden, weil „noch Erhebungen schweben.“

Das Reich und Preußen haben 125 Millionen Mark 3 Prozent Preussische Konsols und 75 Millionen Mark 3 Prozent Reichsanleihe an die Deutsche Bank in Berlin verkauft. Hiermit ist der gesammte diesjährige Bedarf beider Finanzverwaltungen gedeckt, sodas weitere Anleihen im Laufe dieses Jahres nicht mehr zur Ausgabe gelangen werden. Die übernommenen Beträge werden in Kurzem zu einem von der Reichsfinanzverwaltung und dem preussischen Finanzminister zu genehmigenden Kurse zur öffentlichen Subscription gestellt. — Der „Reichs-Anz.“ veröffentlicht einen Erlaß, wonach auf Grund des Gesetzes vom 31. März 1898 betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen der Betrag von 55 629 991 Mk. durch Anleihe zu beschaffen sei und zwar zu 3 pCt.

In Bezugnahme auf die Sonntagsruhe sind dem Reichstage verschiedene Petitionen zugegangen. Eine in Leipzig abgehaltene öffentliche Versammlung der dortigen Droschkentreiber petitionirt um Erlaß gesetzlicher Bestimmungen, wonach den Droschkentaischern in jeder Woche ein arbeitsfreier Tag gewährt wird, welcher in jeder dritten Woche auf den Sonntag fallen soll. — Der Verein der Kölner Spezialgeschäfte der Zigarrenbranche fordert, daß den Schankwirthen an Sonntagen der Verkauf von Zigarren nur in den für die Zigarrengeschäfte selbst festgesetzten Verkaufsstunden gestattet werde. — Der Verband deutscher Barbier-, Friseur- und Perrückenmacher sendet eine mit 7977 Unterschriften bedeckte Petition, welche fordert, daß eine Bestimmung in die Gewerbe-Ordnung aufgenommen wird, wonach die Barbiergeschäfte an den Sonntagen zu dem Zeitpunkt geschlossen werden müssen, an welchem sie gesetzlich verpflichtet sind, ihr Geschäftspersonal zu entlassen. — Auch vom bayerischen Landesverband der Bader und Friseur ist eine Petition eingegangen, welche dieselbe Forderung enthält.

Kleine politische Nachrichten. Die Lazareth-Gehilfen in ihren verschiedenen Abtheilungen haben seit Freitag zu bestehen aufgehört. Während man bei den in der letzten Zeit vorgenommenen Änderungen durchweg von Verdächtigungen reden konnte, trifft in diesem Falle eher das Gegentheil zu. Aus dem Krankenwärter im Range eines gemeinen Soldaten ist ein Sanitäts-Soldat geworden. Der Lazarethgehilfe heißt von jetzt an Sanitätsunteroffizier, der Oberlazarethgehilfe dementsprechend, aber etwas schwerfällig, Ober-Sanitätsunteroffizier. Der bisherige einfache Feldwebel im Krankenpflanzendienst heißt von jetzt an Sanitätsfeldwebel. — Seit einer Reihe von Jahren ist vom Asaswärtigen Amt die Einrichtung getroffen, daß deutsche Seelenleute im Aus-

lande ihre Ersparnisse durch Vermittelung der deutschen Konsulate kostenfrei in die Heimath gelangen lassen können. Von dieser Einrichtung haben die Seelenleute in immer zunehmendem Maße Gebrauch gemacht. Im Jahre 1878 wurden nach der Nordd. Allg. Ztg. gegen 80 000 Mark und im Jahre 1888 über 176 000 Mark solcher Ersparnisse durch Vermittelung der Konsulate nach Deutschland überführt. — In das Herrenhaus ist der Landrath a. D., Rittmeister a. D. H. J. Virker in Wiesbaden unter Beilegung des Namens Virker-Rabiner berufen worden. Das neue Mitglied des Herrenhauses hat bekanntlich seinerzeit sein Rittergut Stablen dem Kaiser zum Geschenk gemacht. — Unter der Ueberschrift „Ein unerfülltes Verprechen“ erinnert die „Post“ Herrn v. Miquel daran, daß er am 3. Juli 1895 dem Herrenhause eine Reform des Fideikommisswesens versprochen hat. Diese Erinnerung beweist, was die Konservativen von Herrn v. Miquel an diesem Gebiete erwarten — eine Erleichterung der Fideikommissbildung! — Die Ausweisungspolitik! Das Großkreuz des Rothern Adlerordens mit Eichenlaub ist dem Vizepräsidenten von Schleswig-Holstein, v. Büllow, verliehen worden; dadurch hat der Kaiser zu verstehen gegeben, daß er mit den „Küsteren“ einverstanden ist. Noch zwei bemerkenswerthe Ordensverleihungen sind erfolgt: den Theilnehmern an der römischen Antlanarchistenkonferenz, den Herrn v. Mackay und v. Hippelborn, sind zwei höhere Orden ins Knopfloch gesteckt. — Berlin hat den ersten Fall von Entschädigung unschuldig Verurtheilter zu verzeichnen. Es handelt sich um den früheren Steuerhelfer Eugen Drlmann, der wegen Beilegung zum Melnebe zu 2 Jahren Zuchthaus verurtheilt wurde und schon 18 Monate davon verbüßt hatte. Es gelang ihm, die Wiederannahme des Verfahrens zu erwirken, in dem der Staatsanwalt die Freisprechung beantragte und der Gerichtshof dem Freigesprochenen das Recht zur Annahme Entschädigungsaufprüche geltend zu machen. — Ihren Austritt aus der Landeskirche haben in Spandau zahlreiche, besonders dem Arbeiterstande angehörige Personen beim Gericht angemeldet. Man bringt diesen Vorgang in Verbindung mit der Einführung der Kirchensteuer für die evangelische Gemeinde. — Nach einer Anarchisten-Versammlung in Magdeburg hatte bekanntlich die Polizei die Personalien aller Anwesenden notirt. Gegen dieses Verfahren protestirte am Mittwoch eine neue Anarchisten-Versammlung, die von 70 Personen, darunter 10 Frauen, besucht war. Kurz vor Schluß der Versammlung erschien wieder eine größere Anzahl von Postbeamten in Saale und stellte wie am Sonntag die Namen der Versammlungsbesucher fest. Eine Hausdurchsuchung wurde bei einem Arbeiter in Wülhausen in Th. vorgenommen, der im Verdachte steht, Anarchist zu sein. Eine Anzahl anarchischer Zeitschriften wurde vorgefunden, sonst nichts. Der Arbeiter wurde auf freiem Fuße belassen. — Gegenwärtig herrscht im russischen Grenzgebiet Schwereimangel. Es ist daher weiteres Steigen der Fleischpreise in Aussicht zu erwarten. Und trotzdem keine Fleischhernerung? Die großen Unzufriedenheiten es ein Staatsanwalt beim Landgericht München, daß man gegen die Urtheile des Amtsgerichts Garmsch immer Berufung einlege. Er verlangte deshalb in einem besonderen Falle gerade deswegen Verurteilung der Berufung und Verhängung einer höheren Gefängnißstrafe. Wir halten das Verfahren des Staatsanwalts auch für großen Unfug. — Kampf gegen das Lippethum. Dem armen Regiment von Lippe-Deimold soll jetzt die Garnison genommen werden. Diese schon vor einigen Tagen erlangte Meldung war erst bestritten worden, wird aber jetzt von verschiedenen Seiten bestimmt wiederholt und genauer präzisirt. In Detmold liegt jetzt ein ganzes Bataillon Infanterie. Das soll nun weggenommen und nur noch ein Detachement gemäß der Militärkonvention dort belassen werden. Die „Lippische Landeszeitung“ erklärt darauf, daß die Lippische Regierung die Militärkonvention kündigt werde. Hoffentlich kommt es nicht zur Kriegserklärung zwischen Lippe und Preußen. — Eine in Magdeburg abgehaltene Versammlung von Handlungsgärtnern aus Sachsen, Anhalt und Braunschweig war von etwa 400 Personen besucht. Die Versammlung forderte Schutzoll auf sämtliche Gartenbauprodukte. Wie es heißt, sollen konservative und national-liberale Abgeordnete und auch die Magdeburger Handelskammer die Unterstützung dieser Bestrebungen zugesagt haben. — Dem Braunschweigischen Landtage ist der Entwurf eines Gesetzes über die Entschädigung für an Milz- oder Rauschbrand gefallene Schafe und Ziegen zugegangen. Es sieht eine Entschädigung von vier Fünftel des durch die Kreis- und Kreisämter ermittelten Wertes vor. — Zur Unterdrückung der Sklaverei unternimmt die deutsche Schutztruppe in Kamerun unter Führung des Hauptmanns Kampff in Stärke von 375 Mann eine Expedition gegen einen Häuptling des Hinterlandes. Die Sache ist ja ganz human, verliert aber ihren Werth vollständig dadurch, daß die Sklaverei in den deutschen Schutzgebieten thatsächlich gebildet wird. — In Kiantichou muß es nach einem Privatbriefe eines Seesoldaten mit der Gesundheit unserer Truppen nicht sehr vortheilhaft aussehen, trotz aller offiziellen Ableugungen. Der Soldat schreibt dem „Westf. Merk.“ zufolge unter Anderem: Gestern haben wir wieder einen Kameraden, aus Dortmund gebürtig, beerdigt. In Ganzen haben wir schon 16 Kameraden zur letzten Ruhe begleitet. — Mit faulen Eiern wurde am Freitag in Agram nach der Landtagsführung der antisemitische Abgeordnete Zerkula auf dem Yellacic-Platz von Arbeitern beworfen und mit Perceuturien begrüßt. Die Insultierung erfolgte, weil Zerkula in einer Landtagsrede beleidigende Angriffe gegen ein Arbeiterblatt gerichtet hat. — In England hielt Lord Asquith am Freitag in Darwen eine Rede, in welcher er ausführte, daß die jüngsten Ereignisse durch Zerstückung gefährlicher Irrthümer die Chancen eines andauernden guten Einvernehmens zwischen Großbritannien und Frankreich in sehr hohem Grade gefördert hätten. Asquith besprach sodann die Wichtigkeit der Herbeiführung einer dauernden Verständigung zwischen Großbritannien und Rußland in Asien. — Die Amazanzahrt des Sultans verlief am Freitag in üblicher Weise. Die Fahrt nach Stambul und zurück erfolgte auf dem Wasserwege. In dieser offiziellen Meldung des „Wolffischen Bureaus“ steht eine „Times“-Meldung im Gegenjag, daß ein Komplott gegen den Sultans entdeckt wurde. Am Freitag, während der Ceremonie des Krönens des Prophetenmantels, sollte Abdul Hamid ermordet werden. Der Anschlag wurde von einem der Berühmtesten der Polizei verrathen, die durch die übereilte Verhaftung von vier Personen die Nacht der übrigen Verschwörer ermöglichte. (Die ganze Verchwörung riecht sehr nach Post.) Man wollte sich vielleicht dem Sultan in empfehlender Erinnerung bringen. — Das gesammte Kabinet in Bulgarien hat seine Entlassung gegeben. Soviel bisher verlautet, ist Grewow mit der Bildung eines Koalitionskabinetts betraut worden. — Die britische Flagg wurde Sonnabend am Atbara und in Baby-Halfa gehißt.

Belgien.

Die Furcht vor dem Sozialismus bezeichnet auch der Brüsseler Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ als das Motiv des Ministerwechsels in Belgien, der seinen Ursprung hat in der Absicht des tugendhaften Leopold, dem Lande ein anderes Wahlrecht aufzudrängen. Der Korrespondent schreibt: „Was aber konnte Leopold II., diesen alten gewiechten Staatsmann, veranlassen, aus seiner seit mehr als dreißig Jahren fast stets beobachteten konstitutionellen Reserve heraus zu treten und sich den Gefahren auszusetzen, die in einem Lande, wo die

Presse auch gegen den Monarchen schreiben kann, was sie will, die Folge eines solchen Schrittes sein müssen? Zunächst ist daran zu erinnern, daß der alte Liberalismus ohnmächtig geworden ist; seine Verkörperung durch den Sozialismus hat den König in eine etwas andere Stellung gebracht. Wenn Leopold II. in einem Augenblick, da die sozialistische, christliche und liberale Demokratie des Landes sich zur Erlösung des allgemeinen gleichen Wahlrechts zusammenschloß, den ganzen Einfluß seiner Persönlichkeit in die entgegengesetzte Richtung warf, so muß dieser schlaue und doch feinerlei religiöse oder moralische Vorurtheile eingenommene Fürst wohl sehr triftige Gründe dazu gehabt haben. Denn nur aus Rücksichtigkeit konnte ein Mann wie Leopold II. einen so unglückseligen Schritt thun, durch den er sich mit der schwürzesten Reaktion solidarisch erklärt. Und in der That, des Königs Lösung liegt in der Sozialistenfurcht des Königs. Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, wie sie die Linke erstrebt, würde aber kurz oder lang zu einer sozialdemokratischen oder zum wenigsten sozialistisch-progreßivistischen Kammermehrheit führen. Und wenn das auch noch grade nicht das Ende des Königthums bedeuten müßte, so würde es den Einfluß des Königs doch noch weiter herabdrücken, und was dem König das Allerwichtigste vielleicht ist, seine große Schöpfung: der Kongress würde für Welken verloren gehen. Aus diesem Grunde suchte er in einem Augenblick, wo eine Wahlrechtsreform von allen Parteien verlangt wird, mit einer bisher festen von ihm gezeigten Entschlossenheit derselben die für die Sozialdemokratie denkbar ungünstigste Richtung zu geben. Ueber die Bedeutung der verschiedenen möglichen Wahlformen für die Interessen der einzelnen politischen Parteien wird am besten erst zu urtheilen sein, wenn die von der Regierung sowohl wie von einzelnen Gruppen vorbereiteten Wahlreformgesetze der Kammer vorliegen werden. Das Vota unanimoal, wie es die neue Regierung offenbar plant, könnte möglicherweise den Doktrinären einige bessere Aussichten gewähren. Doch ist nach der bisherigen Haltung ihrer Presse anzunehmen, daß sie die hieraus gerichteten Hoffnungen des Königs nicht erfüllen, sondern an der Seite der anderen freiwilligen Parteien ansharren werden. Auch ist es selbst noch keineswegs ausgemacht, daß das Vota unanimoal die Mehrheit der Kammer für sich hat. Denn wenn der Einfluß des Herrn Boeckx auch sehr stark ist, so stehen der Regierung doch innerhalb der liberalen Partei bei dieser Frage so hervorragende Männer wie Veernaert und Smet de Naeyer feindlich gegenüber.“

Die sozialistische und radikale und auch ein Theil der katholischen Presse geht scharf gegen den König vor, der bekanntlich Majestätsbeleidigungsprozesse nur in Deutschland anstrengt, wo er bei den Richtern mehr „Verständniß“ findet, als im eigenen Lande. Das Brüsseler Hauptorgan der sozialistischen Partei, der „Peuple“, erklärt, daß, nachdem der König aus seiner verfassungsmäßigen Rolle herausgetreten und „eine klare, offene, unerschämte antidemokratische, antireformistische und antisozialistische Politik“ bekundet hat, alle Arbeiter und Demokraten sich vereinigen müssen mit dem Rufe: „Nieder mit dem König Ghitarb! Es lebe die Republik! Es lebe das allgemeine Stimrecht! Es lebe die Arbeiterpartei! Platz für die sozialen Reformen!“ Nicht minder scharf ist die Tonart der gesammten katholischen Presse des Landes; sie verurtheilt einmüthig das verfassungswidrige Vorgehen des Königs, droht mit einem großen Konflikte zwischen den Vorrechten der Krone und den Rechten der Kammern und kündigt einen erbitterten Feldzug gegen die Politik und das Wahlsystem des Königs an.

Frankreich.

Die sozialistischen Deputirten beschloßen in ihrer letzten Versammlung, die Einladung der italienischen sozialistischen Deputirten zu einer französisch-italienischen parlamentarischen Konferenz anzunehmen, die im April in Rom stattfinden soll und bestimmt ist, das Band zwischen dem italienischen und französischen Proletariat noch enger zu knüpfen.

Der neueste Schlag gegen den Kassationshof. Dem „B. L.“ berichtet man aus Paris:

Was man seit einigen Tagen kommen sah, ist eingetroffen. Die Regierung hat beschloßen, die Urtheilsfällung in der Dreyfus-Affäre allen drei Kamern des Kassationshofes zu übertragen. Der Gesetzesentwurf, den sie einbringen will, besagt: Die Urtheilsprechung in Revisionsfachen solle durch die sämtlichen Kammern erfolgen, wenn die Kriminalkammer vorher eine Enquete über den betreffenden Fall geleitet hat, an welcher mehr als drei Mitglieder theilgenommen haben. Die Regierung will damit den Eindruck erwecken, daß es sich nicht um ein Ausnahmegesetz handele.

Ministerpräsident Dupuy und der Justizminister Lebret haben sich Sonnabend in die Kommission gegeben, welche von der Kammer beauftragt worden ist, die beiden von den Deputirten Gerville-Neache und Rose eingebrachten Anträge auf Uebertragung der Urtheilsfällung an die anderen Kammern des Kassationshofes zu examiniren. Diese Kommission hatte sich bisher diesen Anträgen gegenüber ablehnend verhalten. Mehrere ihrer Mitglieder er suchten nun Dupuy um Aufklärungen darüber, was seinen jetzigen Schritt veranlaßt habe. Alle Welt war überzeugt, daß der Rapport der gegen die Kriminalkammer geführten Enquete äußerst schwere Vorwürfe gegen die Mitglieder der Kriminalkammer enthalten müßte. Nur so schien die Maßregel der Regierung zu erklären. Auf die Frage des Deputirten Emanuel Arène, ob in dem Rapport bestimmte Rätze der Kriminalkammer genannt seien, und ob der Rapport einen Tadel gegen diese Rätze enthalte, antwortete Dupuy: Es liegt überhaupt kein Rapport, sondern nur eine Meinungsäußerung des Präsidenten Mazeau vor. Arène fragte weiter: Wird diese Meinungsäußerung für einzelne Mitglieder der Kriminalkammer besondere Folgen nach sich ziehen? Dupuy verneinte das. Schließlich verlas Dupuy folgenden Passus des Schriftstückes Mazeaus: „Obgleich die völlige Ehrenhaftigkeit der Mitglieder der Kriminalkammer keinerlei Verdacht unterliegt, wäre es klug, unter den gegenwärtigen Umständen eine verhältnißlose der Kriminalkammer nicht allein die Verantwortung der Urtheilsprechung zu überlassen.“

Demnach steht fest, daß die Enquete, obgleich sie von mindestens einer der mit ihr betrauten Persönlichkeit in einer für die Kriminallammer nicht eben wohlwollenden Weise geführt worden, nicht den mindesten Grund zu wirklichen Vorwürfen ergeben hat. Die Uebertragung der Urtheilsfällung an alle drei Kammern ist einfach eine Konzeption an Duesnay de Beaurepaire, Lemaitre, Cavaignac und die übrigen Gegner des Kassationshofes. Man kann neugierig sein, wie der Senat sich zu dieser Maßregel stellen wird. Die „Droits de l'homme“ erklären, die Maßregel habe vor allem den Zweck, eine Verzögerung herbeizuführen, damit nunmehr der Prozeß gegen Picquart vor der Entscheidung der Revisions-Affäre stattfinden könne. Man wolle Picquart vorher verurtheilen, damit dann in den Augen der mit der Revision befaßten Kammern des Kassationshofes sein Zeugniß entwerthet sei.

In der Deputirtenkammer wünschte Castelin am Freitag die Regierung zu interpelliren, ob sie gedente, der Kriminallammer des Kassationshofes die Revision des Dreyfus-Prozesses zu entziehen. Ministerpräsident Dupuy forderte aber die Vertagung der Interpellation um einen Monat und Castelin erklärte sich damit einverstanden.

Duesnay de Beaurepaire erklärt im „Echo de Paris“, daß die Untersuchung wegen der Vard betreffenden Zwischenfälle nur dem Anschein nach von den Richtern Wazeau, Darest und Boissin, in Wirklichkeit aber von dem Ministerpräsidenten Dupuy und dem Justizminister Lehret gesteuert werde. Diese seien über den Grad der Schuld gewisser Richter in Schrecken gerathen und würden optimistische Notizen veröffentlichen lassen, um die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, an die Unschuld der beschuldigten Mitglieder der Kriminallammer zu glauben.

Im Nouveau-Theatre fanden am Freitag Abend Spiele statt. Nach der „Ross. Btg.“ hatte die Leitung der plebiszitären Gruppen den Saal gemiethet, um die Aufführung von Bouvillons' Drama „Der König von Rom“ zu einer bonapartistischen Jubiläumsgabe zu benutzen. Alle Parteihäupter waren anwesend, einige mit dem Abzeichen des „kleinen Putes“ geschmückt. Anfangs begnügte man sich mit Rufen wie „Vive Napoleon!“ „Nieder mit den Juden!“ „Ins Wasser mit ihnen!“ „Hoch die Armee!“ „Nieder mit der Republik!“ Aber bald erhob sich die Stimmung, und es entwickelte sich ein Zwiegespräch zwischen Saal und Bühne, wo jede Anspielung ein Echo im Publikum weckte. Als der Herzog von Reichstadt Metternich fragte: „Es ist also kein Platz mehr in Frankreich für einen Napoleon?“ schrie man: „Ja, ja, das Heer ist mit ihm.“ „Es lebe Prinz Viktor!“ antworteten hundstimmig andere. Dabei wurden fortwährend Beischensprüche auf die Bühne geworfen. Die Begeisterung erreichte ihren Gipfelpunkt im dritten Akt, wo der Reichstädter die Ode an die Bendomeisäule singt. Der Darsteller mußte die Strophen mehrmals wiederholen, die das Publikum mitsang. Man klatschte wie besessen, die Herren schwenkten die Hüte, die Damen die Taschentücher, man rief: „Auf ins Elisee!“ und als hierauf in der Mittellage ein dreifarbiges vom Kaiser Adler bekundetes Banner entfaltet wurde, wollte der Jubel nicht enden. Zwei Zuschauer, die schlichterne Einwände wagten, wurden bedroht und hinausbefördert.

Der Kriegsminister ertheilte dem Oberstleutnant Cordier die Genehmigung, gegen die Zeitung „Libre Parole“ Klage wegen Verleumdung zu erheben.

Rußland.

Die plamwägige Rerringerung der verfassungsmäßigen Sonderrechte Finlands hat wieder einen Schritt vorwärts gethan. Der Generalgouverneur Dobrikow eröffnete Dienstag den außerordentlichen finnischen Landtag mit einer kaiserlichen Botschaft, in welcher es heißt, Finland sei unzertrennlich mit dem Reiche verbunden, stehe unter dem Schutze des ganzen russischen Staates und bedürfe daher keines von der russischen Armee gesonderten Heeres. Das Wehrpflichtgesetz müsse daher mit dem im Reiche gültigen Statut in Uebereinstimmung gebracht werden, doch solle das Gesetz dem Landtage zur vorherigen Berathung vorgelegt werden. Der Landmarschall und Vertreter aller Stände hielten darauf Reden, in welchen sie pflichtschuldigst den Gefühlen der Treue für den Kaiser Ausdruck gaben. Ein Hoch auf den Kaiser schloß den Festakt, und der Generalgouverneur schickte alsbald ein Telegramm an den Czaren, in welchem er ihm offizielle Mittheilung davon machte, wie loyal ihm Finland zu Füßen liegt.

Lübeck und Nachbargebiete.

30. Januar.

Die Tabakarbeiter beschloßen gestern Beendigung des Streiks und die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Firma will die Arbeiter wieder einstellen. — Einige angenommen — jedoch sollen sie aus dem Verbands anstreten!!! Die Arbeiter werden hierzu heute Abend Stellung nehmen.

„Streikpostenfischen — großer Aufzug?“ Am 26. ds. Ms. verhandelte das Oberlandesgericht in Hamburg gegen fünf Bauarbeiter, welche aus Anlaß des vorjährigen Streiks von der hiesigen Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtspräsidenten Herrn Hoppenstedt zu je 5 Tagen Haft wegen des bekannten Reats verurtheilt waren. Bezüglich der Angeklagten Landau, Bedemann und Fock lautete die Entscheidung der letzten Instanz auf Aufhebung des Lübecker Urtheils, also Freisprechung, bezüglich der Angeklagten Lova und Scheel auf Zurückverweisung an die Vorinstanz, um festzustellen, ob ein Menschenauflauf stattgefunden hat. Die der Absicht des Gesetzgebers direkt zuwiderlaufende

Auslegung des § 360 durch die heutige Justiz macht den Gerichten viele unnütze Arbeit. Es wird höchste Zeit, daß der Reichstag, dem ja entsprechende Antträge vorliegen, hier ein Nachwort spricht.

Kulinarisches. Im Rathswinkel gab es am Freitag Abend Folgendes zu speisen:

Suppe nach Kalmedbury. — Obleumärbebraten nach Feinschweider Art. — Forellen mit Mostaer Sauce. — Gefüllter Vater mit Schlagsahne. — Hummer nach Krebschwänze auf italienische Art. — Feinsche Wespige, saure Erbsen in Blätterteig. — Kräfte. — Brühfeller Mostschm. Salat und Eingemachtes. — Stambal-Bombe. — Käse, englischer Sellerie. — Oble.

„Stambal-Bombe“ klingt ganz zeitgemäß orientalisches. Im Casino befehlte man sich an folgenden Küchenzeugnissen:

Gefüllte Suppe nach Königin Louise. — Kaffee-Mispelbeer, Orangen-Sauce, Sauerkraut und Kastanien. — Gerösteter Steinbutt, Hammer-Sauce und Anstern. — Mehlschneitten mit Kalbseier und feischen Trüffel. — Strahburger Gänseleberpastete. — Hefehäuer. — Compot, Salat. — Palästina-Eis. — Käse nach Vater. — Feinsche Avanas.

„Palästina-Eis“ zeigt, daß man auch hier auf der Höhe der Zeit war.

Ueber die Verhaftung des Landmannes Schramm von hier erfährt das „Hamb. Echo“ noch weiter: „Vor einigen Tagen erschien der erwähnte Landmann im Stadthaus und gab an, er werde fortgesetzt von Detektivs verfolgt, weil er in Lübeck im Gegenwart einer Dame eine Majestätsbeleidigung begangen habe; er wolle sich deshalb selbst stellen. Da der Mann nicht zurechnungsfähig erschien, wurde in Lübeck angefragt. Der Bescheid lautete, daß nichts gegen den Mann vorliege. Als man ihn entlassen wollte, meinte er, er sei hungrig, entfernte sich aber, als man ihm bedeutete, er solle nach Lübeck fahren und sich dort satt essen. In Haft ist der Landmann gar nicht gewesen.“ — Der Mann soll einer Nervenheilanstalt übergeben worden sein. Der Vorfall ist aber charakteristisch für die Zeit, in der wir leben.

Belogen, wie — telegraphirt. Das „Deutscher Tageblatt“ läßt sich aus Lübeck folgendes Privattelegramm senden: „Ein infolge der Entlassung eines Tischlers und wegen der Forderung nach höherem Lohn ausgebrochener Streik der Theaterarbeiter des Stadttheaters endete mit dem Sieg der Theaterdirektion. Die ausständigen Arbeiter treten zu den bisherigen Bedingungen wieder ein.“ Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Die Direktion hat kein beigegeben. Aufschmend muß nächstens einmal wieder ein lächerlicher Zeilenschinder über's Knie gelegt werden.

Der Bürgerrechtsverein war beim Senate um Regelung verschiedener Angelegenheiten, die im Publikum zur Beschwerde Anlaß gegeben hatten und den Erwerb des Bürgerrechts betrafen, vortrefflich geworden. Der Senat hat darauf, wie wir der „Eisenbahn Zeitung“ entnehmen, wie folgt geantwortet:

Auf das Gesuch des Vorstandes des Bürgerrechtsvereins hieselbst vom 22. November v. J., betreffend das Verfahren bei Gesuchen um Ertheilung der Staatsangehörigkeit oder des Staatsbürgerrechts, giebt der Senat, aus Grund der von den beteiligten Behörden eingehenden Berichte, den Antragstellern das Nachstehende zu erkennen. Der Senat ist dem Gesuche darin beizustimmen, daß zur Erleichterung für die um den Erwerb der Lübeckischen Staatsangehörigkeit oder des Staatsbürgerrechts Nachsuchenden von der Beibringung solcher Personalausweise bis auf Weiteres abgesehen ist, die sich lediglich als Anzüge aus hiesigen Standesregistern darstellen. Der Senat hat daher das Stadt- und Landamt angewiesen, fortan bis auf Weiteres von dem Begehren der Beibringung solcher Urkunden abgesehen, vielmehr die Personalausweise von Amts wegen durch Nachschaffung in den betreffenden Registern herzustellen zu lassen. Anlangend sodann die Ermittlungen über die persönlichen Vermögens- und die Erwerbsverhältnisse von Personen, welche um die Verleihung der Staatsangehörigkeit nachsuchen, so sind solche an sich unvermeidlich, wenn in Nachgebung der Vorschriften des § 7 des Gesetzes über die Erwerbung der Bundes- und Staatsangehörigkeit vom 1. Juni 1870 seitens der Behörden dahin gesehen werden soll, daß ungeeignete, dem Gemeinwesen schädliche oder ihm zur Last fallende Personen von der Aufnahme in den Staatsverband ausgeschlossen bleiben. Nach den von den nachgeordneten Behörden, dem Polizeiamt und dem Armenkollegium, erstatteten Berichten, wird jedoch bei diesen Ermittlungen schon jetzt mit der äußersten Rücksicht verfahren. Die Erkundigungen sind theils bei anderen Personen, z. B. Arbeitgeber, Hauswirthen u. s. w. statt, theils bei anderen Behörden, theils wird von den Nachsuchenden selbst Auskunft eingeholt. Letzteres Verfahren ist neuerdings wesentlich eingeschränkt zur Anwendung gekommen, insbesondere ist es jedoch nicht ganz. Beide Behörden sind übrigens der übereinstimmenden Ansicht, daß eine taktvolle Befragung durch einen zu dem Ende gelandeten Beamten den am die Staatsangehörigkeit Nachsuchenden willkommener und bequemer für sie ist, als eine Vorladung und Vernehmung in den behördlichen Amtsstuben. Ueber die politische Meinung der Nachsuchenden werden überhaupt Erkundigungen nicht eingelegt. Der Senat hat daher aus dem Gesuch keine Veranlassung entnehmen können, die Behörden in dieser Richtung mit besonderen Weisungen zu versehen. Beschloßen Lübeck, in der Besammlung des Senates, am 21. Januar 1899. Eduard Sach, Sekretarius.

Die Feststellung, daß über die politische Meinung der Nachsuchenden keine Erkundigungen eingezogen werden, ist recht erfreulich. Hoffentlich nehmen die Behörden auch die Gelegenheit wahr, den nachschreitenden Beamten einzuschärfen, daß sie lediglich zur Einziehung von Auskunft über bestimmte, ihnen amtlich aufgegebenen Fragen berechtigt sind und sich jeglicher weitergehenden Bethätigung zu enthalten haben. Uns ist nämlich von Parteigenossen mitgetheilt worden, daß an sie aus gegebenem Anlaß die Frage gerichtet worden sei, wozu sie denn überhaupt Bürger werden wollten. Solche Frage stört nun ja keinen Sozialdemokraten in seinem festen Vorsatz, wir erachten sie aber zum mindesten für sehr überflüssig.

Zu das Handelsregister ist am 28. Januar eingetragen auf Blatt 1608 bei der Firma „S. H. Reimers“: Die Firma ist erloschen. Das Geschäft ist ohne die Firma auf die Blatt 2097 eingetragene Firma S. H. Reimers Nachfg. S. Babbe übergegangen; auf Blatt 2097 die Firma: „S. H. Reimers Nachfg.“

S. Babbe“. Ort der Niederlassung: Lübeck. Inhaber: Jacob Heinrich Babbe, Kaufmann in Lübeck. Das Geschäft ist unter der Blatt 1608 eingetragenen, jetzt erloschenen Firma S. H. Reimers geführt.

Die Nichthaftungserklärung hat die Ehefrau des Reimers und Stewards E. Nachow, F. geb. Kunz, abgegeben.

Wegen Blutsande wurde der Arbeiter Benz zu 7 Jahren Zuchthaus, eine erwachsene Tochter desselben zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Vom Tage. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen Arbeiter, welcher beim Brückenbau am Hüterthor widerholt Briefe gestohlen haben soll. — In Haft gerathen 9 Bettler und 2 Trunkene.

Gr. Wefenberg. Die Folgen einer Rauferei. Am 30. Dezember v. J. wurde hier eine Tanzmusik abgehalten. Hierbei wurde ein älterer, erheblich angetrunkener Arbeiter von Knechten arg mißhandelt. Zunächst bandelte im Lokal ein kleiner erwachsener Schäfer, Namens T. B. D., mit ihm an und verlegte ihm mit seinem Spitzstock einen Schlag über den Kopf. Sodann wurde er hinausgedrängt und mit Fäusten und harten Gegenständen geschlagen. Als er vor der Thür zu Fall gekommen war, gab es weitere Prügel von verschiedenen Personen. Unter diesen befanden sich der genannte Schäferknecht und der Knecht Dahm, der wegen Gewaltthätigkeiten vorbestraft ist und gegenwärtig in Lübeck eine einjährige Gefängnißstrafe verbüßt. Ein Arbeiter Meyer erbat sich des Mißhandelten und brachte ihn nach Hause. Unterwegs ist Meyer noch weiter mißhandelt worden, und Meyer will unter den Thätern die Knechte Dahm und Kau erkannt haben. Ein aus Meinseld herbeigerufener Arzt stellte fest, daß der Mißhandelte allein am Kopf fünf Stich- resp. Schnittwunden erhalten hatte. Außerdem stellte er an verschiedenen Körpertheilen Beulen und Abschürfungen fest. Es wurden dann Kau, Dahm und Tödt wegen gemeinschaftlicher und gefährlicher Körperverletzung angeklagt und Sonnabend fand die Verhandlung vor dem Altonaer Landgericht statt. Die Angeklagten wollten unschuldig sein; insbesondere bestritten Kau und Dahm, daß sie auf dem Nachhausewege den älteren Arbeiter mißhandelt haben. In dieser Beziehung hatten sie eine große Anzahl Zeugen zu ihrer Entlastung laden lassen. Aus der sehr umfangreichen Beweisaufnahme hatte der Staatsanwalt die Ueberzeugung gewonnen, daß die Angeklagten in vollem Umfange schuldig seien. Er beantragte gegen Dahm und Tödt je 4 Monate und gegen Kau eine Woche Gefängniß. Der Gerichtshof sprach Letzteren kostenlos frei und verurtheilte die anderen beiden zu je 3 Monaten Gefängniß.

Mönn. Ungetrene Knechte. Die bei einem Landmann in der Nachbarschaft dienenden Knechte Karl Böller und F. H. S. wurden von der Altonaer Strafkammer zu 5 Monaten resp. 1 Jahr Gefängniß verurtheilt, weil sie ihrem Arbeitgeber mehrere Sack Korn gestohlen haben.

Schwartau. Holzauktion. Dienstag, den 7. Februar d. J. Nachm. 1 Uhr, kommen im Strandhotel zu Zimmendorfer-Strand zum öffentlichen Verkauf: Blumenloppel, Eichen: 44 Stämme, zu 38 Fm., 13 Nm. Drahtspähle und 16 Nm. Knüppel. Schlagholz: 34 Hausen Buch. Wohlh. Eichen: 28 Stämme, zu 27 Fm., 1 Nm. Drahtspähle und 8 Nm. Knüst. und Knüppelholz. Buchen: 2 Dämme, zusammen 1,98 Fm., 100 Nm. Nst. und Brennholz und 104 Hausen Durchschlagholz und Buch. Painbuchen: 5 Stämme, zu 1,40 Fm. Eichen: 3 Stämme, zu 6,12 Fm. und 9 Abzähnte, zu 2,04 Fm. Havelnholz: Eichen: 20 Stangen, zu 1,16 Fm. Buchen: 38 Nm. Knüppel und 25 Haus. Durchschlagholz. Birken: 4 St., zu 0,50 Fm. Nendorfer Kiefern. Eichen: 2 Nm. Drahtspähle und 48 Hausen Kiefern. Birken: 12 St., zu 1,08 Fm. Kiefern: 310 ger. Stangen und 3 Hausen Kiefern.

* Eutin. Holzauktionen. Am Donnerstag, den 2. Februar ds. J., Nachmittags 2 Uhr, werden im „Hotel Grensmühlen“ verkauft: 1. Stewersdorferholz. Buchen: 146 Nm. Scheit, Knüppel, Dlm. Eichen: 6 Loose Stangen (bis 18 Cm. Durchmesser). Eichen: 22 Loose Stangen (Drahtspähle). 2. Abf. Buchen: 99 Nm. Scheit, Knüppel, Dlm. 3. Stenrade. Buchen: 70 Nm. desgl. 4. Diele. Nadelholz: 15 Loose Schleete und Baumspähle. Buchen: 182 Nm. Scheit, Knüppel, Dlm. Eichen: 6 Loose (Nadelmacherholz). 5. Stenfliegen. Nadelholz: 4 Loose Schleete. Eichen: 6 Loose Knüppel und Nadelmacherholz. Buchen: 26 Nm. Scheit und Knüppel. Eichen: 1 Loose Stangen. — Am Freitag, den 3. Februar, Nachmittags 1 Uhr beim Gastwirth Tode in Benz: 1. Gr. Venzholz. 10 Fnd. Fichteauslagen. 2. Kl. Venzholz: 5 Fnd. Eichenauslagen. 3. Holzloppel. 1 Buchen-Nachdruck = 2,50 Fm., 46 Nm. Buchen-Knüttel und Knüppelholz, 8 1/2 Fnd. Fnd. Buchen-Zweigholz. 4. Schwonau. 172 Nm. Buchen-Knüttel, Knüppel und Dlm. 25 1/2 Fnd. Buchen-Zweigholz, 10 Fnd. Eichen-Stangen, 2 Fnd. Eichen-Stangen. 5. Rathenholz. 7 Eichen-Nußholzstämme mit 15,64 Fm., 6 Painbuchenstämme mit 3 Fm., 81 Nm. Buchen-Scheit, Knüppel und Dlm. 4 Nm. Painbuchen-Knüttel, 4 Nm. Eichen-Knüttel und Dlm. 2 Fnd. Eichen-Zweigholz, 18 1/2 Fnd. Buchen-Zweigholz, 2 Fnd. Eichenauslagen, 6 Fnd. Eichenauslagen. — Am Freitag den 3. Februar ds. J. beim Ortsvorsteher Hamer in Langenhagen: 1 Kl. Limhofen. Eichen: 2,14 Fm. in 5 Stämmen. Eichen: 10 Nm. Knüppelholz. 2. Buchholz (am Bergfeld Kirchweg). Buchen: 34 Nm. Knüppelholz. Buchen: 48 Nm. Durchschlagholz I. Cl. 3. Stubben. Buchen: 45 Nm. Knüttel und Knüppelholz. 4. Bei der Reversdorfer Schmiede. Buchen: 5 Nm. Knüttelholz. 5. Schüttenteichholz (Hopsenbrud). Fichten: 480 Stangen (Bindebäume, Leiterbalken, Latten etc.) Fichten: 2 Fnd. Zweigholz. Insaammekauf der Käufer Vorm. 10 1/2 Uhr.

Eutin. Mangel an Arbeiter-Wohnungen. Das Fehlen genügender, preiswürdiger Arbeiterwohnungen hat sich hier längst zu einem chronischen Uebel ausgebildet. Es sollen sich in Eutin augenblicklich schon ca. 20 Familien befinden, die zum 1. April kein Obdach haben. Für eine so kleine Stadt eine erschreckend große Zahl! Wo hier und da noch eine Wohnung leer steht, werden den Hausbesitzern die Thüren eingelaufen. Die meisten Bewerber mußten aber noch erfolglos wieder abziehen. Wir theilen die Wohnungen in vier Klassen: Die erste kostet 60—120 Mk., die zweite 120—200 Mk., die dritte 200—400 Mk., die vierte über 400 Mk. jährliche Miete. Die erste Klasse ist die, auf welche der Arbeiter angewiesen ist. Mehr als 60—90 Mk. kann er

büchweg nicht für Miethe anlegen. Wer 90—120 Mk. zahlen kann, gehört schon zu den am besten gestellten Arbeiterschichten und kleinen Beamten. Die nächste Klasse benennen die Handwerker, Beamten usw., die dritte, sehr zahlreich vertretene, dient den Duzend Rentiers als Behausung, und die vierte dem kapitalkräftigen Groß-Bourgeois. Nun sind in den letzten 5 Jahren Arbeiterwohnungen fast gar nicht gebaut worden. Während der Zuwachs der Zusammensetzung der Bevölkerung entsprechend, zur Hälfte etwa den Arbeitern zugute kommen müßte, ist er in Wirklichkeit fast ausschließlich im Interesse der dritten und vierten Klasse erfolgt. Der fleißige Arbeiter hat hier, wie bei allen Vortheilen und Annehmlichkeiten des Lebens das Nachsehen. Kein Wunder, daß sich da mit dem Wohnungsmangel das Wohnungs-elend paart! In wahren Pesthöhlen, die in hygienischer Beziehung aller Beschreibung spotten, müssen vielfach die mit Kindern gewöhnlich reichlich bedachten Arbeiter-Familien wohnen. Je größer die Familie, je größer das Elend! Ob unsere Behörden das nicht wissen? Hier wäre Gelegenheit, einmal praktisch einzugreifen und Schmerzen zu stillen. Die 50 000 Mk., welche für den Grunderwerb der Lütjenburger Bahn veranschlagt wurden, hier wären sie wahrhaft nutzbringend anzulegen gewesen, 25—30 Arbeiterfamilien hätte man dafür ein gesundes, angenehmes Heim schaffen können. Und dann hätte sich das Kapital angemessen verzinst! Allein man scheint hier zu warten, bis irgend ein Unternehmer um des lieben Profits willen die Sache in die Hand nimmt; was dabei herausspringt, ist männiglich bekannt. Kulturarbeit pflegen diese Leute nicht zu verrichten. Wir wollen hoffen, daß man an maßgebender Stelle endlich auch einmal die Wohnungsfrage erörtert und der Pflichten gedenkt, die man in dieser Hinsicht der arbeitenden Bevölkerung gegenüber zu erfüllen hat. Zeit wird's nachgerade!

Entn. Die Landtagswahl an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kasch-Bichel findet am 10. Februar statt. Die Wahlmänner müssen sich Nachmittags 12 1/2 Uhr im Gasthause „Stadt Hamburg“ einfinden.

Hamburg. Fahnenstrei — großer Unfug? Mit der ergötzlichen Kiteritgeschichte, über die

wir s. Bl. berichteten, beschäftigte sich am Montag v. M. die Strafkammer als Berufungsinstanz. Sie sprach den Besitzer des pflichterfülligen Cockles frei, da das brave Thier durch sein Krähen nicht contra naturam generis sui, nicht gegen die Natur des Hahnengeschlechts verstoßen, und somit keine ungebührliche Ruhestörung verübt habe. Darob große Freude unter dem ganzen Hamburger Bühnervolke.

Hamburg. Einen gehörigen Griff hatte der Commis Kammerhoff als hiesiger Vertreter einer Berliner Firma gethan. Er unterschlug seinem Prinzipal nicht weniger, als 40 347 Mark in etwa 8 Jahren. Das Landgericht verhängte wegen dieser Straftat 2 1/2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust über ihn.

Hamburg. Wegen Beleidigung eines Wäckermeisters wurde die Genossin Steinbach zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt. Sie hatte in einer Volksversammlung behauptet, daß ein Gefelle des Klägers, obwohl in eklektischem Maße mit Krätze behaftet, bei der Arbeit bleiben mußte. In der Verhandlung belandete ein Arzt, daß es sich nur um eine gewöhnliche Schuppenflechte handelte. Charakteristisch ist, daß der Kläger die Äußerung der Beklagten und deren Adresse von dem in der politischen Abtheilung beschäftigten Offizianten Grimmelshäuser erfahren hat.

Hamburg. Der sozialdemokratische Verein für den 1. Wahlkreis zählte am Jahreschlusse 2865 Mitglieder. Die Einnahme betrug 18864,98 Mk. Der zweite Wahlkreis zählte in seinem Vereine 3246 Mitglieder. Hier betrug die Einnahme 20 477,23 Mk.

Altona. U n g e b ü h r v o r G e r i c h t. F ü n f j u n g e Leute, welche am Mittwoch sich wegen groben Unfugs verantworten sollten, erschienen in Frack, weißer Kravatte und Lackschuhen vor den Schranken. Der Richter verhängte dieserhalb über jeden eine Geldstrafe von 30 Mk. mit den Worten: „Wir sind hier nicht in einer Puppenstube!“

Kiel. Vom Fischereirecht. Der deutsche Fischereidampfer „Schilling“, Kapitän Doot, welcher innerhalb des dänischen Seegebietes fischte, wurde vom dänischen Kanonenboot „Gronshud“ nach Frederikshavn eingeschleppt. Der Kapitän wurde zu 200 Kronen verurtheilt und die Konfiskation der Fischereigeräthe verfügt.

Kiel. Der sozialdemokratische Verein konnte im verflossenen Jahre ein Anwachsen seiner Mitgliederzahl von 583 auf 623 verzeichnen. Die Jahreseinnahme betrug 2015,61 Mk.

Apentade. „Harte“ Strafe. Der Redakteur des „Neuen Apentader Anzeigers“, ein gewisser Janke, wurde zu — — — 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt, weil er zwei Strandbötte, welche bei der Landtagswahl für den Dänen Hanssen eingetreten waren, öffentlich des Eidbruchs beschuldigt hatte.

Malchow. Eintrunkne sind am Sonnabend beim Schittschlaufe ein hiesiger Bierverleger und sein jüngerer Bruder.

Güstrow. Epidemie. Unter den Mannschaften der hier garnisonirenden Abtheilungen des 24. Artillerie-Regiments herrscht, wie wir dem „Vorwärts“ entnehmen, zur Zeit eine Diphtherie-Epidemie. Im Lazareth liegen 28 Mann, hauptsächlich Rekruten. Im Laufe der letzten Woche starben 2 Mann, ein Schwerkranker ist auf Wunsch in seine Heimath Holstein mittelst Krankentransportes gebracht worden. An maßgebender Stelle wird strenge Verschwiegenheit über Auftreten und Umfang der Seuche, die in der Stadt zur Zeit nirgends ernsthaft auftritt, beobachtet. Auch die beiden bürgerlichen Blätter am Orte schweigen sich vollkommen darüber aus.

Aus Nah und Fern.

Einem Offizier, der seine Schneidigkeit bereute, hat es in — — — Rußland gegeben. Aus Petersburg wird geschrieben: Ein hoffnungsvoller Offizier, Alexis Philosophow, hatte vor einigen Tagen einem Soldaten der von ihm befehligten Abtheilung wegen eines Disziplinarvergehens eine sehr strenge Rüge erteilt. Als nun der Soldat hierauf mit frechen Worten erwiderte, ließ sich Philosophow von seinem Zorn so hinreißen, daß er den Revolver ergriff und den Soldaten niederschloß. Als bald wurde er jedoch von tiefer Reue über seine That erfaßt und setzte auch seinem Leben durch einen Revolver-schuß ein Ende. Philosophow, der erst ein Alter von 23 Jahren erreicht hatte, war ein Sohn des Privatsekretärs der Königin Olga von Griechenland. — Wird denn in Rußland ein Offizier für solche Schneidigkeit etwa anders als mit ein paar Monaten Festungsbummelei bestraft?

Zur den Inhalt der Interate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Entäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Gestern Abend 10 1/4 Uhr entließ sanft nach kurzer Krankheit unsere kleine Süße

E. M. M. I.

im Alter von 8 Monaten. Um stille Theilnahme bitten die tiefbetrübten Eltern

J. Mull und Frau, geb. Foth.

Allen denen, die meinem lieben Manne die letzte Ehre erwiesen, sowie für die reichen Kranzspenden, insbesondere dem Socialdemokratischen Verein sage meinen innigsten Dank.

Frau B. Voss Wwe.

Die Verlobung mit **Wilhelm Saggan** ist meinerseits aufgehoben.

Elise Ebert, Wilhelmshöhe.

Zu vm. Damen- u. Herren Garderoben für Masken Wohnstraße 39.

Wir suchen zu sofort noch einige tüchtige Arbeiterinnen für unsere Mäncerei.

Kanseatische Fisch-Industrie-Aktiengesellschaft (vorm. J. H. Schumacher) Ernestinenstraße 3.

Zu melden beim Werführer Meins.

Junger verh. Mann mit guten Zeugnissen sucht Beschäftigung als Hausknecht in Wochenlohn oder sonstige Arbeit.

Sundestraße 80, 1 Et.

Zu verkaufen einige junge Fühner Friedenstraße 15.

Billig zu verk. ein schwarzer Stragen passend für eine Confitmandin

Fleischhauerstraße 114.

Billig.

Sehr schöne Koch- und Tafelläpfel billig zu verkaufen

Johannisstraße 50.

Kirschsaft per Pfd. 40 Pfg.

J. Höppner, Wielandstraße 9 a.

Gulasch jeden Mittwoch empfiehlt

E. Möhl, Regidienstraße 8.

Feinste Meiereibutter Pfund 1.15 Mk.

J. C. Müller Cronsforder Allee, Ecke Kahlhorststraße.

Öffentliche Volks-Versammlung

am Mittwoch den 1. Februar 1899

Abends 8 1/2 Uhr

in den Centralhallen, Dankwartsgrube.

Tages-Ordnung:

Moderne Lohnsklaverei.

Referentin: **Frau Zlotz-Hamburg.**

Diskussion.

Um zahlreichen Besuch ersucht

Der Einberufer.

Öffentliche Versammlung der Maler und Lackierer Lübecks

am Dienstag den 31. Januar

Abends 8 1/2 Uhr

im Vereinshaus, Zimmer 2 und 3.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum Bauarbeiter-Congress. 2. Die Gesellenausschüsse. Das Erscheinen eines jeden Collegen ist Ehrensache.

Der Vertrauensmann.

Uhren reinigen . 1,50,
Federn einschicken . 1,50,
1 Jahr Garantie.
Uhrgläser 1. Qual. 0,80.
Aug. Büttner,
Uhrmacher,
Gützstraße 32.

Das Recht und die Rechtshilfe der Handlungsgehülfen.

Ein Denkchrift zur Revision des Handelsgesetzbuches und zur Vereinfachung des Klageverfahrens für Handlungsgehülfen.
Von **Richard Lipinski.**

Klein-Verkauf von **sämmtlichen Spirituosen.** Cronsforder Allee, **J. C. Müller.** Ecke Kahlhorststr.

Feinste und feine **Margarine** stets frisch, per Pfund 50 und 60 Pfg. empfiehlt **Rud. Kracht, Rageb. Allee 40.**

Brockmüller'sche Salzgurken 2 Stück 15 Pfg. **Sauerkohl** per Pfd. 12 Pfg.

J. Höppner, Wielandstraße 9 a. **Sämmtliche Colonialwaaren Fettwaaren, Spirituosen, Futterstoffe, Feuerung** empfiehlt billigt **Rud. Kracht, Rageb. Allee 40.**

Frisch gebrannt. Caffee per Pfd. 0,80, 1,00, 1,20, 1,40 Mk. empfiehlt

Rud. Kracht, Rageb. Allee 40.

Dank.

Von Jugend auf sehr blutarm, litt ich viel an Magenschmerzen und Kopfschmerz mit allen Begleiterscheinungen. Zuletzt trat ein Halsleiden hinzu. Erst hatte ich das Gefühl, als ob ein Block im Halse läge, dann traten schreckbare Athemnoth, Kopf- und Brustschmerzen und entsetzlicher Husten mit äßhem Auswurf ein, so daß ich meinte, schwindelnd zu sein. Der Athem wurde röhelnd und Erstickungsanfalle kamen vor. Da mir kein verordnetes Mittel Hilfe oder Linderung brachte, wandte ich mich schriftlich an Herrn **G. Fuchs, Berlin, Leipzigerstraße 134, I.,** der schon so vielen Leidenden aller Art geholfen. Ich fand nicht nur Linderung, sondern völlige Heilung des langjährigen Kopf- u. Magenleidens, des qualvollen Hustens und der Lungenverschleimung und fühle mich wie neugeboren, so daß auch ich meinen innigsten Dank aussprechen kann.

(Fr.) **Louise Kunze,** Dom. Radlow b. Offenide-Beestow.

Musik.

Wegen Aufgabe des Artikels versende: **Concert-Harmonikas,** 10 Tasten, 2theil., la. Doppelbalg, mit f. Balghalter, Lederbalg u. Nicolschneeden, fein polirt mit Metallausf.; 2 Regist., doppelchörig, 40 Stimmen, statt früher Mk. 5,75 für nur Mk. 4,25. **Harmonika-Cornettina,** 2reihig (5 Signaltöne) prachtvoll, statt Mk. 7,50 jetzt nur Mk. 6.—. **Accordzithern,** 6 Marmale, 25 Saiten, feines schwarz polirtes Gehäuse mit Gold und Malereien, prächtiger Ton, mit sämmtl. Zubehör u. 2 Potentbüchern, statt Mk. 13,75 nur Mk. 10,50, enorm billig! Alles incl. Verpackung, ab hier, gegen Nachnahme. **Richard Roy, Duisburg a. Rh.**

Circus Variété Wieder-Eröffnung Mittwoch den 1. Februar, 7 1/2 Uhr. Der originelle Carnevals-Spielplan. Nur lauschliche Programmnummern. Lachen, lachen und immer wieder lachen.

Stadttheater in Lübeck.

Dienstag den 31. Januar. Außer Ab. 1. Gastspiel von Herrn **Max Grube. Der Kaufmann von Venedig.** Schauspiel in 5 Akten von W. Shakespears. Schloß — Herr Grube a. G. Mittwoch den 1. Februar. 2. Gastspiel von Herrn **Max Grube. Hamlet.** Trauerspiel in 5 Aufzügen von W. Shakespears. Hamlet — Herr Grube a. G.

Soziales und Partei-Leben.

In dem braunschweigischen Dorfe Herrhausen wurde der dritte Sozialdemokrat in den Gemeinderath gewählt. Er erhielt 44 Stimmen, der Gegner nur 19.

Genosse Dr. Hefhand (Barus) hat, wie die Magdeburger „Volksstimme“ mittheilt, das Gastrecht der Schweiz in Anspruch genommen. — Soviel uns bekannt, will unser vielbefogter Genosse kein Teil erst noch einmal in Bayern, München, versuchen.

Aus Magdeburg. Wie die „Volksstimme“ mittheilt, steht das Ermittlungsverfahren, bei welchem ihr Geschäftsführer Fabian als Zeuge vernommen wurde, mit dem Majestätsbeleidigungs-Prozess gegen den Redakteur Müller in Verbindung.

Uttich. Unter den Gewerkschaftern des Westphalens ist ein Aufstand ausgebrochen. Die Ausländer verlangen eine neue Arbeitsordnung, zu deren Annahme sich bisher nur zwei kleine Arbeitgeber bereit gefunden haben. Die Umstände lassen auf eine längere Dauer des Ausstandes schließen.

Die Arbeitszeit der Eisenbahn-Beamten. Das preussische Eisenbahnministerium hat eine Uebersicht über die Arbeiterverhältnisse bei den preussischen Staatsbahnen im Jahre 1907/08 veröffentlicht. Den Aufstellungen über die tägliche Dauer des planmäßigen Dienstes entnehmen wir folgende interessante Thatfachen: Bei 11403 Beamten betrug sie mehr als 12 bis 13 Stunden, bei 7473 mehr als 13 bis 14 Stunden, bei 3032 mehr als 14 bis 15 Stunden, bei 2295 mehr als 15 bis 16 Stunden. Die Ausdehnung der Arbeit über 11 Stunden betrifft hauptsächlich das Zugbegleitungspersonal und das Lokomotivpersonal, die Bahnwärter, Weichensteller und die Stationsbeamten.

Diese Zusammenstellung beweist schlagend, wie dringend notwendig eine Vermehrung des Personals ist. Daß der Schatz der Eisenbahnen Herrn v. Miquel höchst willkommen ist, wie er im Abgeordnetenhause sagte, glauben wir ihm gern; viel willkommener ist aber dem reisenden Publikum die thukidische Sicherheit — und die geht dem Schatzesammeln vor.

Professor Lupo Brentano über den Schutz der Arbeitswilligen. In der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in Berlin sprach der bekannte Kathedersozialist Professor Lupo Brentano aus München vor einem Publikum, welches den großen Saal bis auf den letzten Platz füllte, über das Thema: „Der Schutz der Arbeitswilligen“. Der Redner, welcher die Frage vom rein wissenschaftlichen Standpunkte behandelte, betonte, daß gerade die Gegner der Freiheit, die Freunde des Rückschritts, jetzt das Banner der Freiheit des Arbeiters erheben. Die Herren v. Stumm und Genossen benutzen jetzt die Lehre Adam Smith's, daß das Recht auf Arbeit das heiligste Eigenthum jedes Menschen ist, dazu, um weitere Strafen gegen die koalirten Arbeiter zu fordern. Als Adam Smith und Turgot im 18. Jahrhundert ihre Grundzüge aufstellten, war die fast einzige Betriebsform das Handwerk. Künftige Privilegien und Bestimmungen schlossen die freie Arbeit aus, der Lohn wurde durch die Behörden festgesetzt, und zwar im Interesse der Arbeitgeber. Eine Koalition der Arbeiter, d. h. der Gesellen, wurde gesetzlich streng bestraft, in England wie in Deutschland. Die Gesetzgebung nach Smith setzte jeden Arbeiter dem Verkäufer von Waaren gleich; aber man erhielt das Koalitionsverbot aufrecht. Dennoch ist die Anerkennung des Arbeiters als freier Verkäufer seiner Arbeit der größte Fortschritt auf sozialem Gebiet, denn der Arbeiter wird dadurch als Unternehmer anerkannt, welcher dem Arbeitgeber gleichberechtigt entgegentritt. Das Entstehen der Großbetriebe raubte aber nun dem Arbeiter seine Individualität und lieferte ihn dem Arbeitgeber aus; als Folge davon forderten die Arbeiter gesetzliche

Regelung der Arbeitsverhältnisse, Aufhebung des Koalitionsverbots. In Preußen geschah das durch die Gewerbeordnung von 1869. Nach davon hatten sie wenig Vorteil; man bewachte ihre Versammlungen als politische und versuchte jetzt die Koalitionsfreiheit durch Gesetze „im Interesse der Arbeiter“ zu beschränken. Drei Mittel wendet man zu diesem Zwecke in Deutschland an. Nach § 162 der Gewerbeordnung, welcher das Koalitionsrecht gewährt, sind die Forderungen einer Koalition nicht klagbar; auch die Forderungen der Einigungsämter sind rechtlich nicht verbindlich. Man bestraft zweitens die Anreizung zum Streik und das Postenstehen. Das steht aber im Widerspruch mit dem den Arbeitern gewährten Recht der Kündigung, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen. Die Arbeiter haben kein anderes Mittel, das Bestehen eines Streiks mitzutheilen, als das Postenstehen; die Mittheilung durch die Presse wird als großer Unfug bestraft. Die Arbeitgeber aber können sich zu jeder Zeit verständigen, ausländische Arbeiter nicht zu beschäftigen. Sie erreicht nicht einmal der Paragraph vom großen Unfug. Die Anwendung körperlichen Zwanges, von Ehrverletzungen u. s. w. seitens der Arbeiter zur Erreichung ihres Zweckes ist allerdings unethisch und schädigt die Bestrebungen, denen sie dienen soll. Aber auch hier besteht nicht Rechtsgleichheit. Ein Offizier zum Beispiel, der Fremden in Verzug erklärt, weil dieser sich nicht duelliren will, wird nicht bestraft. Den Arbeitgebern ist das Recht zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen nicht zu befehlen; etwas anderes aber ist es, wenn sie die Gesetzgebung anrufen, um die Arbeiter an der Erlangung besserer Bedingungen zu verhindern. Das widerspricht dem Grundrincip der heutigen Wirtschaftsordnung, der Rechtsgleichheit aller. Die Arbeiter werden dann verlangen, daß der Staat die Arbeitsbedingungen festsetzt. Dann würde jede Lohnforderung ein politischer Kampf werden, welcher unsere Macht nach außen beeinträchtigt. Zum Schluß sagt Professor Brentano der Regierung vor, eine Ausnahme aller in den letzten fünf Jahren verhandelten gewerblichen Klagen zu machen und dem Reichstage vorzulegen, um eine bessere Sachkenntnis auf diesem Gebiete zu erreichen.

In Heilbronn haben Polizisten in den Wirtschaften Umfrage nach der „Schwäb. Tagwacht“ gehalten; wo sie dieselbe antroffen, machten sie darauf aufmerksam, daß wahrscheinlich der Militärhofort über das Lokal verhängt würde. Im Gemeinderath wurde dies Vorgehen scharf gerügt; der Bürgermeister Hugelmaier versprach Abhilfe.

Eine Landeskongferenz der Sozialdemokratie Elsaß-Lothringens tagte am vorletzten Sonntag in Straßburg als réunion privée (private Zusammenkunft), da es die Polizeibehörden im Lande der „wiedergewonnenen Brüder“ immer noch nicht gestatten, daß die Anhänger der Sozialdemokratie ihre Angelegenheiten im Lichte der Öffentlichkeit beröhen. Die Konferenz war von 27 Delegirten aus 14 Orten aller Theile des Landes besetzt. Den wichtigsten Theil der Verhandlungen bildete die Diskussion über das seit 1. Dezember v. J. im Verlag der Partei zu Straßburg täglich erscheinende neue reichslandische Parteiorgan, die „Freie Presse für Elsaß-Lothringen“. Die Delegirten der oberelsässischen Industriestadt Mühlhausen verlangten, gegenüber den Ansprüchen der Straßburger Genossen, eine weitergehende Berücksichtigung der lokalen Verhältnisse ihres Ortes, da das frühere Organ der sozialdemokratischen Partei der Reichslande in Mühlhausen erschien und dort eine außerordentlich starke Verbreitung aufzuweisen gehabt hat. Von den Meyer Delegirten wurde auf die für die Verbreitung unserer Presse so außerordentlich ungünstigen Verhältnisse in der Hauptstadt Lothringens hingewiesen, die sich dort aus dem Ueberwiegen des militärischen Elementes (Mey hat bei einer Zivillbevölkerung von ca. 50 000 Seelen eine Besatzung von über 20 000 Mann) sowie aus der nur schwach vertretenen Industrie und der Zweisprachigkeit der Bevölkerung ergaben. Man werde aus diesem Grunde nicht umhin können, dem Gedanken der Herausgabe einer besonderen parteigenösslichen

Wochenschrift in französischer Sprache für die lothringischen Grenzgebiete näher zu treten. Zum Zwecke der Schlichtung des zwischen Straßburg einerseits und den größeren Parteilorten andererseits drohenden Konfliktes wegen der Bestattung des lokalen Theils der „Freien Presse“ wurde einstimmig ein Antrag votirt, der der bisherigen Straßburger Preßkommission lediglich die Funktionen eines geschäftsführenden Ausschusses zuweist und ihre Ergänzung durch fünf Mitglieder aus den Städten Mühlhausen, Kolmar, Metz und Saargemünd vorschreibt. Als Vorort der Landesorganisation wurde wieder Straßburg bestimmt und das alte Landeskomitee durch Acclamation wiedergewählt.

Das Jahr aus dem.

Kleine Chronik. Große Unterlassungen in einem Berliner Bauhause hat der Handlungsgehilfe Hugo Haupt verübt. Die Summe der von ihm längere Zeit hindurch hinterzogenen Gelder wird auf 98 500 M. geschätzt. Der ungetreue Beamte ist flüchtig. Die geschädigte Firma hat jedoch, obwohl er bereits seit einigen Tagen vermißt wurde, erst jetzt der Polizei Anzeige erstattet. — In Berlin verurtheilte sich dieser Tage der Kirchhofverwalter Judgarns E. durch drei Revolverkugeln in den Kopf zu tödten; er verletzte sich jedoch nur verhältnismäßig leicht, da die Patronen nur eine sehr schwache Ladung hatten. Diese „Selbstmörder-Patronen“ pflegen die Berliner Waffenhändler solchen Personen zu verabsorgen, die beim Einkauf durch aufgeregtes Weinen u. s. w. die Besichtigung erweisen, daß sie sich ein Leid anthun wollen. — Kaum glaublich! Das durch den bekannten Prozeß Grzymacher hinlänglich gekennzeichnete Privatdetektivinstitut „Greit“ soll in den Besitz einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung übergegangen sein, deren Leitung ein Kriminalkommissar a. D. Wiegand übernommen hat. Die Gesellschaft zahlte für das Institut angeblich 100 000 M.

Die verurtheilte Rosenstjerna. Einen eigenartigen Wille vertheilte in der Weihnachtswoche der mehrfach verurtheilte Arbeiter Karl Ströme aus Tempelburg. Gelegentlich eines Streikes mit seiner Ehefrau geriet er so in Wuth, daß er auf diese zuschlug, ihr die Nasenspitze bis auf das Nasenbein glatt abhieb und in seiner Aufregung das Bild hinunterstreckte. Die Strafkammer in Neustettin verurtheilte den bishigen Ehemann wegen schwerer Körperverletzung und im Hinblick darauf, daß die Frau durch seine Nothheit für Lebenszeit furchtbar entstellt ist, zu einer Zuchthausstrafe von 2 1/2 Jahren und dreijähriger Ehrverlust. — „Du hast gelebt und gestrebt, auf Nimmerwiederssehen!“ rief der Arbeiter H. Maas in Diersdorf seiner verstorbenen Mutter nach, als er bei deren Beerdigung in Ablicher Weise drei Hände voll Erde ins Grab warf. Die Staatsanwaltschaft erhob Anklage wegen Vergehens gegen die Religion, das Gericht in Magdeburg aber verurtheilte Maas wegen großen Unfugs, begangen in einer das Publikum belästigenden Kundgebung gegen den Aufstehungsglauben, zu vier Wochen Haft. Der das Begräbniß leitende Pastor hatte nämlich beklundet, er wisse nicht, wie Maas' Worte auf das Leichengestolge gewirkt, wohl aber könne er behaupten, daß sie im Gemeindefriedhof Aufsehen und Empörung erregt hätten. — Eine exemplarische Strafe diktirte die Strafkammer in Erfurt einem jungen Burschen zu, welcher sich nachts auf der Strafe an einem GYMNASIALBANKEN, der es verschmähte, einer ihm anredenden Prostituirten zu Willen zu sein, thätlich vergangen hatte. Das Urtheil gegen den Bandy lautete auf zwei Jahre drei Monate Gefängniß. — In dem Dorf Dessau bei Coburg hat sich der praktische Arzt Dr. Grosch vergiftet. Die Ursache des Selbstmordes ist eine verunglückte Kur, bereutwegen Klage erhoben worden war. — Unter Kameraden aus Deutsch-Estland wird geschrieben: Eine große Prügellei fand hier zwischen Kürassieren und Infanteristen statt. Beide Parteien hieben inmitten der Stadt dorthin mit der blauen Waffe aufeinander los, daß das Blut in Strömen floss und mehrere Verletzte in das Garnison-Spazareth geschafft werden mußten. — Ein junger Offizier der Königsberger Garnison hat sich erschossen. — Die schwarzen Pöden grassiren in den russischen Grenzortschaften Vankova, Dombrowa und Kathorinablatte in bedrohlichem Umfange. Demzufolge werden die Grenz-

Die Kinder der Exzellenz.

Roman von Ernst von Wolzogen.

18. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Achtes Kapitel.

Der Roman der Grigori.

„Das nennen Sie spazieren reiten?“ hatte der Pferdewermiether in der Karlstraße entrüstet ausgerufen, als unser Freund Pfleumenschmeißer ihm seinen Braunen wieder nach Hause brachte.

„Stuteten, wie haben sie dir zuerichtet!“ Und dabei streichelte er dem armen Thiere über die zitternden Rippen, die immer noch schnauften wie eine Lokomotive unter Woll-dampf. Zwei Eisen hatte die gute Stute auf dem Pflaster verloren und naß war sie „zum Auswringen“, wie der Stallknecht mit einem vorwurfsvollen Blick auf Rudolf sich ausdrückte.

Der Amerikaner suchte ungeduldig die Ahjeln, zahlte den verlangten hohen Miethspreis und gab dem Stallknecht noch ein gutes Trinkgeld. Er war selbst „zum Auswringen“ von dem tollen Ritt, sein Blut hämmerte gegen die Schläfen und vor seinen Augen tanzten bunte Kreise. Fast tannmelnd eilte er seiner nahen Wohnung zu und warf sich erschöpft auf das Sofa.

„Fool, fool! you ought to be ashamed of yourself!“ knirschte er zwischen den geschlossenen Jähnen hervor und schlug sich mit beiden Fäusten vor die Stirn.

Freilich hatte er Ursache sich zu schämen; denn er war seit kaum vierzehn Tagen Reiter und hatte doch sein Pferd in der Gewalt behalten, während sein Herz, sein streng gewöhntes, folgloses Herz ganz schön mit ihm durchgegangen war, als er seine stolze Angebetete dort im Thiergarten wieder-gesehen hatte. Allerdings hatte er erwartet, daß sie ihn zuerst grüßen müsse, wenn sie ihm hätte zeigen wollen, daß sie ohne Groll seiner gedenke. Derr Gegenlag der deutschen und

amerikanischen Sitte fiel ihm in seiner Erregung nicht bei. Er war also jetzt Lust für diese hochmüthige Freiein von Hab-nichts aus Madabit. Seit er, der technische Direktor von Jefferson and Jenkins, Gas-, Wasser- und Kanalisationsanlagen, Buffalo, es gewagt hatte, dies gnädige Händchen Nr. 6 1/2 für sich zu begehren, war kein Rudolf von Eckardt mehr auf der Welt für die schöne Tochter der Exzellenz!

Ja, er knirschte vor Grimm und begriff sich doch selbst nicht. Auch sie war ja für ihn abgethan. Er hatte sie ja sammt ihrer ganzen Sippschaft unter das alte Eisen geworfen und sein ehrliches Herz, noch dampfend von der ersten Leidenschaft, einer zweiten zu Füßen gelegt, einer zweiten, vielleicht ebenso Schönen und Stolzen, die noch dazu unter Duhenden zu wählen, und seines allein mit warmem Danke entgegen genommen hatte. Zwar war Wanka Grigori, die Operetten-sängerin, nicht die deutsche Frau, die er zu suchen gekommen war, die ihm als helle Leuchte, als warme Herz- und Herzens-flamme erst eine wahre Heimath da drüben über dem Ocean schaffen sollte; aber sie war doch ein hinreißendes Weib, ein Weib, dessen Leidenschaft für sich zu erwecken wohl ein stolzer Triumph heißen konnte für den ehemaligen Schlossergesellen, welcher der Beachtung einer Exzellenztochter so unwerth war!

Und Rudolf wollte dieses Weib lieben aus Trost, er wollte von ihr geliebt werden, um zu wissen, daß er liebens-würdig sei, auch im Sinne dieser eilen, hochmüthigen Baro-nessen der Alten Welt. Er wollte zeigen, daß der Schlosser-geselle den Edelmann nicht umgebracht habe, daß ganz lächer-lich wenig Anstrengung und Talent dazu gehöre, um sich vom werththätigen Buffalonier zum eleganten Faulenzer nach der neuesten Mode von Berlin 1886 umzuformen. Wahrhaftig, dazu bedurfte es keines Umschmelzens im Hochofen der Frei-heit, keines Schmiedens in der Weißgluth unerbittlicher Noth, wie es ihm erforderlich schien, um aus dem alten Eisen gesell-schaftlicher Vorurtheile, künstlich angerosteter Geistes- und Seelen-kräfte blanke, stählerne Triebstangen und Räder zu formen, wie die laufende, gewaltige Maschine der neuen Kultur deren so viele verbraucht. Rudolf hatte einfach Reiz-, Tanz- und

Rechtunterricht genommen, den besten Schneider der Residenz ausfindig gemacht, die neuesten Theaterstücke gesehen, die neuesten Bücher gelesen, zur Übung sich befleißigt, jedes Dienstmädchen mit „gnädiges Fräulein“ anzureden, unter keiner Bedingung mehr die Hände geschüttelt. Er war im besten Zuge, ein vollendeter, beliebiger Herr von Eckardt zu werden, den sicherlich jeder Offizier nach einiger Zeit gefragt hätte: „Bei welchem Regiment haben Sie gestanden, Herr von Eckardt?“

Daß ihn diese erste Begegnung mit Asta heute so auf-geregt hatte! Er verachtete sie ja doch — nicht wahr? Aber das sollte schon anders werden, und zwar sehr bald. Er wollte sich ihr überall in den Weg drängen, überall sollte man ihn ihr rühmen als den vollendetsten Cavalier von Berlin, als den Liebling der vornehmen jungen Mädchen, den gefürchtetsten Feind aller heirathsfähigen Assessoren und Leutnants, den vielbeneideten Ausertorenen der schönen Grigori, den nobelsten Verschwenker und imposantesten Faul-tenzer. Es kimmerte ihn nicht, daß er über diesem närrischen Beginnen seine enttäglige Stellung bei Jefferson und Jen-kins verlieren konnte, daß er sein sauer verdientes Geld nutz-lost zum Fenster hinauswarf. Er wollte nur der Baronesse Asta beweisen, daß es für ihn ein Kinderpiel sei, das alles sich anzueignen, dessen Mangel nach seiner Meinung der eigentliche Grund ihrer Abweisel gewesen war. Er wollte erleben, daß sie bereute, daß sie sich ärgerte — und dann wollte er zurückkehren, vielleicht ohne einen Cent in der Tasche und drüben in harter, herrlicher Arbeit seiner eignen Murrheit und der ganzen Alten Welt herzlich lachen.

Nachdem er etwa eine halbe Stunde geruht hatte, zog er sich vom Kopf bis zu den Füßen um und betrat bald darauf, mit tadelloser Eleganz und bestem Geschmack geklei-det, die Straße. Er bestieg eine Droschke erster Klasse und ließ sich nach der Besselstraße fahren, wo Fräulein Wanka Grigori eine kleine, möblirte Wohnung von drei Zimmern innehatte.

Die Jose empfing ihn wie einen alten Bekannten, denn

bestimmungen sehr scharf beobachtet. Vrenscherscheits wird ein besonderer Heberwachungsdienst eingerichtet. — Eine Diphtherie-Epidemie herrscht in dem schlesischen Dorfe Pohlom dem „Dörschl. Tagebl.“ zufolge unter den Kindern in erschreckender Weise; es ist kaum ein Haus von der Krankheit verschont; täglich sterben 3 bis 4 Kinder bedingt. — Ein Hofrecht auf dem Dominium Polnisch-Kentrich bei Ratibor hat seine Ehefrau, Mutter von 6 Kindern, erschlagen und in einer Kellergrube verscharrt. Nach seiner Verhaftung legte er bei der Polizei ein Geständnis ab. Die Gestehe des Mörders und seine Mutter, die an der That theilhaftig sein sollen, sind gleichfalls in Untersuchungshaft genommen worden. — Wegen Vergehens gegen das Dynamitgesetz soll ein Schachtmeister in Andostadt ein Jahr Gefängnis verbüßen. Der Mann hatte von einer Firma in Saalfeld 6 Pfund Dynamit geholt, ohne hierzu die landrätliche Genehmigung zu haben. Er schickte mit dem Paket Dynamit in verschiedene Gastwirtschaften ein und ließ es schließlich in einer Kegen. Wegen desselben Vergehens verurtheilte die Strafkammer in Dortmund einen Bergmann zu acht Monaten Gefängnis. Um einem Freunde einen Gefallen zu thun, hatte er eine Dynamitpatrone mit nach Hause genommen und seinem Freunde gezeigt. — In Wiederanfahrverfahren wurde der Volksschullehrer Lindenau von der Strafkammer in Münster freigesprochen, welcher 1896 auf Anklage eines 14-jährigen Mädchens zu 8 Monaten Gefängnis verurtheilt wurde und diese auch verbüßt hat. Das Mädchen nahm seit seiner früheren Anklage jurid. — Eine Sanbalarische, die in dem Städtchen Ehrenbreitstein sich erkrankt hat, bildet seit Montag in Koblenz das Stadtgespräch, obgleich von den mit der Untersuchung Beauftragten strengste Geheimniß darüber bewahrt wird. Befragt ist, daß in der Wohnung einer in Ehrenbreitstein wohnenden Wittve eine Degie schlammiger Art festgestellt hat. Nachbarn erstatteten die Anzeige, worauf die Polizei einschritt. Drei junge Mädchen sowie die obgenannte Wittve wurden verhaftet. Die männlichen Theilnehmer sind ermittelt. — Ueberfall auf der Lokomotive. Von einem Ueberfall, der in amerikanischen Zustände erinnert, wird aus dem Dörschl (Eh) berichtet. Als am Montag Nachmittag ein Personenzug der Thalbahnhof von Wasmünster in der Richtung nach Senheim fuhr, sprang bei der Station Aue ein Italiener auf die in rascher Fahrt befindliche Maschine und suchte den Lokomotivführer Johann Obden zu erdrosseln. Führer und Angreifer stürzten auf die Straße; dem ersteren gelang es jedoch, sich des mit einem langen Dolche bewaffneten Italieners, dem noch drei Landsleute zu Hilfe gekommen waren, zu erwehren, sich auf die Maschine zu schwingen und rasch davon zu fahren. Die Polizei ist unterdessen der drei Schuldigen habhaft geworden. — In der Nähe des Schichthauses von Ronach wurde ein fremder Handwerksbursche in bestialischer Weise ausgerichtet angehalten. Die Bunge war dem Unglücklichen zum Theil angerissen und ihm der zurückgebliebene Rest vollständig zerstört und zerstückt. Außerdem bestand ein Bruch des Unterkiefers. Auf welche Art bezw. mit welchen Instrumenten die Missethäter, deren es vier gewesen sein sollen, die That vollbracht, erscheint räthselhaft. Es besteht sehr große Gefahr für das Leben der Unglücklichen. — In der Nähe von Dijenis (Graubünden) ist eine Lawine niedergegangen, deren Schneemasse 300 Meter breit, 4 bis 10 Meter hoch und 700 bis 800 Meter lang ist. In Val Müstünens zwischen Rabins und Sonvitz kam eine Lawine bis zur Brücke der Landstraße herunter und richtete unterwegs bedeutenden Schaden an. — Im Gebirge bei Dougo am oberen Como-See verunglückte eine Patronille von neun Grenzwachtern, indem der Schnee unter ihnen nachgab und alle 500 Meter abstürzten. 2 Soldaten blieben todt, 7 sind verwundet, darunter der kommandirende Feldwebel schwer. — In Christiania ist eine große Influenza-Epidemie ausgebrochen. — In der staatlichen Patronenfabrik in Donai (Nord-Depart. Frankreich) fand Freitag Vormittag eine Explosion statt, wobei drei Personen schwer verletzt wurden. — In Maydon, Northumberland, ist ein alter Mann gestorben, der 136 lebende Nachkommen hinterlassen hat. Er hatte 5 Söhne, 2 Töchter, 60 Enkelkinder und 69 Urenkelkinder. — Die der Paars Bank in London dieser Tage geflohenen Banknoten sind bei der Post auf dem Postwege wieder eingegangen.

Der Gotteslästerung sollte sich der Gelöggeßer Karl Leck schuldig gemacht haben, gegen welchen unter Ausschluß der Öffentlichkeit vor der 3. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin verhandelt wurde. Wie aus der Urtheilsverkündung hervorging, hatte der Angeklagte eines Abends, als er nach dem Besuche einer Versammlung der Heilsarmee die Straße wieder betrat, eine Aeußerung gethan, welche die Hörer, einige Schutzleute und mehrere Civilpersonen, als eine Gotteslästerung auffaßten. Die Staatsanwaltschaft war derselben Ansicht, der Gerichtshof trat aber den Ausführungen des Verteidigers bei und fällte ein freisprechendes

er pflegte fast täglich um diese Zeit vorzusprechen. Sie zog sich auch sofort zurück, ohne ihm ihrem Fräulein erst anzumelden, da sie wußte, daß Herr von Eckardt immer willkommen war. Er klopfte zweimal an; ohne ein Herein zu vernehmen und trat dann ohne weiteres ein. Bianca war nicht im Wohnzimmer. Er rief ihren Namen und hörte sie aus dem anstoßenden Schlafzimmer antworten: „Sind Sie's, lieber Freund? Einen Augenblick Geduld. Cigaretten finden Sie auf dem Tische.“ Ordnungsliebe war nicht die hervorragendste Tugend der Sängerin. Heute sah es sogar noch ärger aus, als gewöhnlich. Wahrscheinlich war heute die Schneiderin zur Anprobe der Kostüme für die neue Rolle dagewesen, denn auf der Chaiselongue, theilweise auch auf dem Boden, lagen zahlreiche Kleidungsstücke nachlässig verstreut umher. Rudolf vertrieb sich die Zeit damit, den bunten Kram von kurzen Mänteln, Wiedern, seidnen Strümpfen, Stück für Stück aufzuheben, ernsthaft zu betrachten und dann sein säuberlich über einige Stühle zu legen. In der Mitte des ziemlich großen Zimmers, mit der Klaviatur dem offenen Balkonfenster zugekehrt, stand ein schöner Stuhlflügel, das einzige Stück der Einrichtung, welches der Grigori zu eigen gehörte. Leider zeigte die dunkle Politur auch schon einige stumpfe Flecke, denn dem Fräulein kam es gar nicht darauf an, die Kaffeemaschine mit dem Spiritusbrenner zur Abwechslung auch einmal auf den Deckel des Flügels zu stellen. Noten lagen stoffsweise darauf, einzelne Blätter waren beim letzten Durchstöbern derselben aus den Umschlägen herausgefallen und noch nicht vom Boden aufgehoben worden. Auf einem der verschließbaren Bretter für die Lichter stand eine Mischschale aus Metall in Form eines strampelnden Teufels mit ausgebreiteten Fledermausflügeln. Etwas Cigarettenasche war noch auf dem Esenbein der Tasten liegen geblieben; Rudolf schlug sie sorgsam mit dem Zipfel seines Taschentuches ab. An den Wänden hingen zwischen und über abseherischen Delbrudlandschaften verbro-

Urtheil mit der Begründung, daß der Angeklagte bei seinem niedrigen Bildungsgrade sich des Sinnes seiner Aeußerung vielleicht gar nicht bewußt geworden sei und möglicher Weise gerade das Gegentheil von dem gemeint habe, was er zum Ausdruck brachte.

Wegen „Mißbrauchs seines Ansehens“ soll Reichstags-Abgeordneter Adolf Thiele, Redakteur des „Volkblattes für Halle“, laut Strafbefehl des Reichsgerichtes 15 Mk. bezahlen oder 5 (fünf) Tage Haft verbüßen. Die Einberufer einer Volksversammlung in Droyßig, wo Thiele sprechen sollte, hatten bei der Anmeldung mit bemerkt, daß ein Eintrittsgeld von 10 Pfennig erhoben werden würde. Der Amtsvorsteher verbot das, das Entree wurde aber auf Thiele's Rath dennoch erhoben, und als der Gendarm in der Versammlung das Geld beschlagnahmen wollte, bedien sich die Parteigenossen auf Thiele's Rathschlag, worauf der Gendarm von der Beschlagnahme Abstand nahm. Nach Entscheidungen des Kammergerichts bedarf die Erhebung eines für alle Versammlungsbesucher gleichen Eintrittsgeldes weder polizeilicher Anmeldung noch Genehmigung. Darauf gestützt, hatte Thiele den Einberufern der Versammlung in Droyßig den erwähnten Rath ertheilt. Nach § 48 des Strafgesetzbuchs wird als Auslöser bestraft, wer einen Anderen durch Mißbrauch des Ansehens u. zu einer strafbaren Handlung vorsätzlich bestimmt hat. Die Erhebung des Eintrittsgeldes war aber vom Standpunkte der Kammergerichts-Entscheidung aus keine strafbare Handlung.

Ein Arzt als Geschäftsfreisender gesucht! Die „Deutsche Medizinische Wochenschrift“ vom 19. Januar enthält nachstehendes Inserat:

Ein jungerer, redigewandter Arzt wird, um einen neuen Fleischsafi unter seinen Kollegen einzuführen, gesucht.

Offerten nebst Photographie und Schilderung des Lebenslaufes an die Karno-Gesellschaft Hüssel u. Co., Dresden.

Bezeichnend ist vor Allem, daß dies Inserat in einer ärztlichen Zeitschrift veröffentlicht werden konnte. Wo bleibt denn da die „ärztliche Standeslehre“.

Saufter Justiz. Der Hütteninspektor Weigel aus Liebeshütte bei Antonienhütte wurde vom Schöffengericht in Kattowitz zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt, weil er schon seit fünf Jahren Arbeiterinnen der Hütte über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus hatte arbeiten lassen. Besonders an Sonnabenden hat dieser Herr längere Arbeitszeiten angeordnet. Die 50 Mark Strafe hat die Hütte zehn- und hundertmal aus der Ueberarbeit der Mädchen und Frauen herausgeschlagen. — So bestraft man im Lande der „vollendetsten Rechts Garantien“ Unternehmer, die gewohnheitsmäßig das Gesetz verletzen!

Was kostet das Regiertwerden? Ein geistreicher Engländer hat ausgerechnet, was die Völker der Welt seit dem Beginn dieses Jahrhunderts für jede Stunde „Regiertwerden“ zu bezahlen hatten. Die vollständige Preiskliste ist viel zu lang, als daß wir sie hier wiedergeben könnten. Wir müssen uns daher begnügen, nach dem „Journal des Debats“, welchem wir diese Mittheilung entnehmen, die auf Frankreich bezüglichen Zahlen zu zitieren. Diese Zahlen nehmen von Jahrzehnt zu Jahrzehnt in geradezu urheimlicher Weise zu, und man kann leider nicht einmal sagen, daß die Gegenleistung in demselben Verhältnisse an Werth gewinnt. Unter Napoleon I. kostete eine Stunde Regiertwerden 115 000 Francs, unter Louis Philippe 150 000; unter der zweiten Republik 130 000; unter Napoleon III. 249 000; von 1870—1880 307 000 Francs, wegen der durch den Krieg verursachten Lasten; von 1882—1890 aber gar . . . 403 000 Francs! Diese

nete Vorbeerkränze mit bedruckten und bestickten Schleifen in allen möglichen Farben. Korbgestelle in Form von Füllhörnern, Schubkarren, Leien und dergleichen, die Gerippe längst verwesteter, künstlicher Blumengaben lagen verstaubt, lose über einander gehäuft zwischen Spiegelschrank und Ofen. Ein geschweifener Damenschreibtisch mit allerlei zierlichen Ueberflüssigkeiten überladen, sowie die übliche Staatsgarnitur, Sofa, ovaler Tisch und zwei Lehnstühle in bereits etwas fadensteinigen, rothen Plüschbezügen vervollständigten die Einrichtung. Massenhafte Photographie von Kollegen und Kolleginnen, auch von Fräulein Grigori selbst, lagen auf der Tischdecke umher und füllten außerdem eine flache Metallschale fast vollständig aus. Zahlreiche Visitenkarten, meist durch Madellöcher ertönen lassen, daß sie einst an Schleifen und Papiermascetten befestigt gewesen waren, lagen zwischen den Wiber herum.

Rudolf machte sich das Vergnügen, aus dem Inhalt der Schale sämmtliche Karten zusammenzusuchen, welche den Namen „Bodo Freiherr von Versen“ trugen. Es war ein Päckchen von dreizehn Stück, größtes Format mit Goldschmuck.

„Wenn der arme Junge wüßte, wer seine dreizehn Bouquets bezahlt hat,“ dachte er und lachte leise vor sich hin. Da that sich die Thür des Schlafzimmers auf und herein trat — ein allerliebster kleiner Offizier eines fabelhaften Regiments, eines fabelhaften Jahrhundert's. Hierliche gelbe Reiterstiefeln, violette Trikots, kurze, gepuffte Hosen von braunem Sammet, eine ebensolche Jacke, ein üppiges weißes Spitzenjabot, ein feder Federhut, und, an einem breiten Wandelier baumelnd, ein mörderischer Degen.

„Guten Tag, mein lieber Freund, wie gefalle ich Ihnen so?“ sagte der kleine Offizier, militärisch grüßend. Und dann tänzelte er im Zimmer herum und sang dazu: „En avant Briequet — tralla lalla!“

„Geben Sie einmal acht auf meinen Gang! Ich will

Statistik zeigt zur Genüge, daß man einer Regierung niemals Stunden- oder Tageslohn geben sollte; man sollte vielmehr auch hier das Prinzip der Stückarbeit zur Geltung bringen und die Bezahlung der wirklich geleisteten Arbeit entsprechen lassen. Das würde die Steuerzahler sicher nicht ruinieren.

Der reichste Mann der Welt dürfte, dem „Hann. Kurier“ zufolge, zur Zeit in New York leben. Es ist dies Mr. John D. Rockefeller, und die soeben in New York erschienene Statistik für 1898 gibt uns einen ungefähren Begriff von dem Reichtum dieses Mannes. Der Dörschl wird es wohl noch zum Billionär bringen, das Drittel einer Million besitzt er bereits, und sein Vermögen wächst mit wahren Riesenschritten. Auf zehn bis zwölf Millionen kam er es selbst nicht genau berechnen. Er soll mehr als die Astors, Vanderbilts und Golds zusammen haben. Neßius war ein armer Schlicher im Vergleich zu diesem Mann, in dessen Hand das Geschick von Tausenden ruht. Sein jährliches Einkommen beträgt 20 000 000 Dollars, also 1 666 666,66 Dollars pro Monat, 55 555 55 Dollars pro Tag (Sonntage inbegriffen) und 2316,48 Dollars pro Stunde. Mr. Rockefeller begann seine lohnende Laufbahn als Buchhalter mit 50 Dollars monatlich. Er soll jetzt so unmaßbar wie der Kaiser von China sein. Die Newyorker Zeitungen schildern, was er als Billionär (der erste, den die Welt sieht), alles thun könnte. Er könnte die Armut ankrotzen, indem er das Leben billig macht und Allen Arbeit giebt, er könnte allen Herrschern der Welt die Apanagen zahlen und doch immer noch ein größeres Einkommen als diese haben.

Kriegervereinsliches. Viel Zeit hat der Landwirthverein zu Silverberg eingebracht, um zu entdecken, daß er einen „Staatsfeind“ unter den Seinen gebildet. Nach dem „Vorwärts“ wurde dieser durch folgendes Schreiben „entfernt“:

Großher Herr Kamerad . . . Es ist eine Beschuldigung u. seitens des Kriegerverbandes an dem Vorstand des Landwehrvereins eingeschickt, worin mitgeteilt wird das Amtlich dem Verbandsrat gegeben ist, das Sie an der letzten Gemeindevorstellungswahl eine sozialdemokratisch gewählt hätten, der Kriegerbund fordert Ihre ausscheidung binnen 3 Tagen aus dem Verein, was ich zu meinem betruenen Ihnen hiermit mittheilen. Und erkläre hiermit das Sie laut § 11 vom heutigen Tage, aus dem Verein ausgeschlossen sind.

Hochachtungsvoll Der Vorstand des Landwehrvereins. Die Unthat, um derentwillen der Kamerad ausgeschlossen worden ist, wurde vor 1/3 Jahren begangen. So lange also hat es gedauert, bis man seine Gefinnung „gerochen“ hat.

Heimgesahlt. Ein Seemann war wegen einer Schlägerei als Zeuge geladen. Als es zum Verhör kam, fragte der Richter: „Kennen Sie den Citanten näher?“ — Seemann: Ich weiß nicht was der Richter hiermit meint. — Richter: Na, Sie sind mir ein schöner Zeuge, wenn Sie nicht einmal wissen, was ein „Citant“ bedeutet. Doch zur Sache: Können Sie mir sagen, an welcher Stelle des Schiffes die Schlägerei vor sich ging? — Seemann: Auf der Back, an Steuerbordseite. — Richter: Was heißt das? — Seemann: Na, Sie sind mir auch ein schöner Richter, wenn Sie nicht einmal verstehen, was das heißt? — Sprach — und wurde wegen ungehörlichen Betragens in Arrest geführt.

Gesucht wird für einen talentvollen jungen Mann, der im Regieren geübt ist — beste Referenzen stehen ihm zur Seite — eine Stelle als Regent oder Statthalter. Auch würde seine Frau kleine Arbeiten in der Wirtschaft mit übernehmen. Gef. Offerten einzureichen sub A. v. S. in Braunschweig oder Straßburg i. E. (Klabberdeutsch).

nich an das Kostüm gewöhnen und mir den männlichen Schritt einüben.“ Und mit krummen Knien, wie alle Frauen, marschirte die Grigori vor dem erstaunten Amerikaner auf und ab.

Plötzlich aber ließ sich dieser auf die Chaiselongue fallen und lachte aus vollem Halse: „O goodness gracious me! Schon wieder dies blödsinnige Operetten-Himbung! Sie stellen natürlich ein verliebtes Mädchen vor, das sich verflücht, um zu seinem Liebhaber zu kommen, und werden in diesem reizend offenerzigen Kostüm von allen möglichen alten und jungen Herren wirklich für einen Mann gehalten — nicht wahr.“

Ganz gewiß; und um die Täuschung vollständig zu machen, singt dieser junge Offizier auch noch Sopran.“ Sie setzte sich an den Flügel, schlug einige Accorde an und ließ einen langen, hohen Triller erschallen. Dann brach sie plötzlich ab, stützte das ganze Gewicht ihres Oberkörpers mit verschränkten Armen gegen die Klaviatur, daß es einen tollen Mißklang gab und sagte ernsthaft, zornig erregt: „Sie haben ganz recht, Freund! Es ist eine Schande, daß man im Dienste dieses Unsinns auch nur einen Finger rührt! Klüftlerin! Lächerlich! Ich bin nichts Besseres als die Riesendame, die sich auf den Jahrmärkten sehen läßt! O — wer mir das einst prophezeit hätte, daß ich noch einmal vor einem ganzen Parterre von Libertins und Cocotten meine Weine zeigen und dazu grimassiren würde, wie eine Cafe-Chanteuse!“

„Das thun Sie aber gar nicht, gnädiges Fräulein,“ beilegte sich Rudolf zu trösten, indem er hinter sie trat und ihr eine Hand auf die Schulter legte: „Das ist es ja eben, was Ihren Ruhm hier in Berlin gemacht hat, daß Sie nichts von dieser Chansonettenmanier an sich haben.“

(Fortsetzung folgt.)